

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9. Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Reichstagsbrand

Das Ultimatum

Gelbe Betriebsbilanz

Prix: Fr. 1,50

Die europäische Krise

**Hitler deckt die Karten auf
Gefahrenpunkte: Oesterreich - Tschechoslovakei - Spanien
Kabinettskrise in England**

Die Tragödie des Weltfriedens nähert sich dem entscheidenden Punkte — in raschen Schlägen und kurzen Akten eilt das Drama dem historischen Wendepunkte zu. Der brutale Schlag gegen Oesterreich, die Rede Hitlers vom 20. Februar und der Rücktritt Edens lehren, dass die Periode der Vorbereitung der grossen Auseinandersetzung ihrem Ende zustrebt. Bald werden nicht mehr Vorentscheidungen, sondern wirkliche Entscheidungen fallen — Entscheidungen von welthistorischer Bedeutung.

Noch stärkere Rüstung

Die Ereignisse des 4. Februar, die Unterwerfung der österreichischen Regierung und die Hitlerrede vom 20. Februar zeigen, dass Hitler sich auf dem Höhepunkt seiner Macht fühlt, und dass er entschlossen ist, die im Innern angesammelte Kraft nach aussen zu kehren. Die Vorbereitung der totalen Mobilmachung und des totalen Krieges ist fertig — soweit sie jemals fertig sein kann. Deutschland — so rühmt sich Hitler — ist vollkommen nationalsozialistisch. Das heisst: alle seine herrschenden Kreise sind einig im Willen zur Anwendung der Macht nach aussen.

Tatsächlich ist die Einheit von Heer und Kriegspartei hergestellt, und das Ultimatum an Oesterreich besiegelt die Tatsache, dass die Führer des Heeres die hazardierende Gewaltpolitik von Hitler stützen. In lapidaren Worten hat Hitler verkündet: *es wird weiter gerüstet, es wird noch stärker gerüstet.*

Diese Rüstungspolitik ist die Grundlage für die Wirtschaftskonjunktur, die Hitler unter Vorlesung langer Zahlenreihen als den Segen seiner Politik für das deutsche Volk gerühmt hat. „Seht, das ist heute in Deutschland!“ — so ruft er dem Volke zu — „keine Arbeitslosigkeit mehr, aber steigende Produktionsziffern!“ Hinter diesem Selbstlob verbirgt sich die düstere Perspektive der deutschen Volkswirtschaft von heute. „Und was wird morgen sein?“ — so entgegnet ihm die unabhängige Kritik, die in Deutschland selbst keine Stätte hat. Was wird morgen sein, wenn die Rüstung bis an den Himmel reicht, aber die arbeitenden Schichten des Volkes von der Ausbeutung für den Krieg erschöpft sind? Was ist die Zukunftsperspektive dieser Rüstungskonjunktur? Sie ruht auf einer Verschuldung Deutschlands, die heute schon annähernd 40 Milliarden

beträgt — den dritten Teil der deutschen Kriegskosten im Weltkriege. Diese gewaltige Summe ist für die Rüstung ausgegeben — sie ist völlig unproduktiv, sie ist eine reine Belastung der deutschen Volkswirtschaft, eine Vorbelastung kommender Generationen. Die Ruhmredigkeit Hitlers, die diesen Tatbestand verschweigt, ist eine Lüge. Der einfache Hinweis auf das Wesen der deutschen Konjunktur als Kriegsvorbereitungskonjunktur genügt, um die für das deutsche Volk berechnete Hitlerdemagogie zu zerstören. Mit Sorge denkt man angesichts dieser Hitlerschen Demagogie an das Wort Helfferichs aus dem Weltkriege vom „Bleigewicht der Milliarden“. Wer soll das Bleigewicht dieser 40 Milliarden tragen? Sagt sich Hitler in einer Abwandlung des Wortes des französischen Finanzministers Klotz — *le boche payera tout* — „die Besiegten werden alles bezahlen“? Denkt er die ausgeplünderte deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege zu sanieren durch eine Reparationsforderung an die Besiegten, die alles decken soll, die 40 Milliarden der Kriegsvorbereitung wie die Milliarden der kommenden Kriegskosten? Und wenn — wer könnte sie bezahlen, wenn er nicht die reichsten Länder Europas zahlen lassen will? Denn aus der Tschechoslovakei, aus Jugoslawien und Rumänien wird er die verausgabten Milliarden nicht herauspressen können!

Das ist die Kehrseite der deutschen Rüstungskonjunktur — und wer immer dazu beiträgt, das deutsche Volk aus dem Netz der nationalsozialistischen Wirtschaftsdemagogie zu befreien, der tut ein gutes Werk am deutschen Volke!

Artillerie gegen die Wahrheit

Selten hat eine Rede Hitlers so eindeutig enthüllt, dass wir uns im Vorstadium einer grossen europäischen Auseinandersetzung befinden. In früheren Reden verbarg sich die Aggressivität des braunen Systems hinter der Diskussion um die Methoden der Politik, Hitler stellte der Idee der kollektiven Sicherheit seine Methode der Einzelverträge entgegen, es wurde gestritten um Ausmass und Ausdehnung von Pakten, um Auslegungen und Definitionen. Heute ist vollkommen klar, dass dies ganze diplomatische Netzwerk nur der Verhüllung der deutschen Aufrüstung und der deutschen Kriegsziele gedient hat. In diesem Vorbereitungsstadium ist die Militärmacht geschaffen worden, auf die Hitler heute pocht. Heute fühlt er sich stark, und heute ist darum die Sprache der heuchlerischen Friedensbeteuerungen brutaler Unverschämtheit geworden. Welch ein Unterschied zwischen den Reden Hitlers aus den Jahren 1933 und 1934 und der Rede vom 20. Fe-

bruar! Die Maske ist gefallen. Wie Wilhelm II. in seinen verderblichsten Reden, schlägt er mit der gepanzerten Faust auf den Tisch, er übertrifft ihn sogar, er spricht nicht mehr vom guten Schwert, von der gepanzerten Faust, sondern von einem „Hagel aus Eisen und Stahl“.

Und gegen wen der „Hagel aus Eisen und Stahl“? Wer ist es, der ihn angreift, und den deshalb dieser Hagel niederschlagen soll? Die Wahrheit ist es, gegen die er die schwere Artillerie aufbietet, die Zeitungen in Frankreich, England und Amerika, die ihn und sein System zu kritisieren wagen! Es ist das moralische Kriegspotential, dem er mit der militärischen Gewalt droht. Brutaler hat noch niemals ein Despot mit offener Gewalt, ja selbst mit Krieg gegen freie Länder gedroht, die der Stimme der Wahrheit Raum geben. Schwere Artillerie, ein Hagel von Eisen und Stahl gegen das gesprochene und gedruckte Wort — gibt es eine schlagendere Selbstenthüllung des Wesens des Hitlersystems? Wahrlich, wenn die demokratische Welt sich diesem Einschüchterungsversuch beugen wollte, so würden wir eine Periode letzter Schmach erleben: *Europa in seiner tiefsten Erniedrigung.*

Das wäre in der Tat der Sieg der Prinzipien der nationalsozialistischen Revolution über die grossen Prinzipien



Wann wird der dritte losgelassen?

der französischen Revolution, es würde Europa um Jahrhunderte zurückwerfen!

Die Ziele Hitlers

Die Presse des Hitlersystems rühmt nach dieser Rede, Deutschland habe seinen Weg gewählt, von dem nichts und niemand es ablenken könne; die Zeit des Zögerns und der Ungewissheiten sei vorbei, nichts sei mehr im Schatten geblieben.

Es ist richtig, mit der gleichen Brutalität und Offenheit, mit der einst Mussolini seinen abessinischen Feldzug angekündigt hat, zeigt Hitler die nächsten Ziele seiner Politik. Er hat ausdrücklich bekräftigt, dass das Programm aus „Mein Kampf“ gilt. In der Tat kann niemand mehr in Europa sich einer Täuschung hingeben. Die letzten Schleier der Illusionen sind zerrissen. Ueber den Ernst dieses Programmes ist nach dem Fall Oesterreich nicht der mindeste Zweifel mehr.

Ein so brutales Ultimatum ist seit dem Ausbruche des Weltkrieges in Europa nicht mehr gestellt worden. Oesterreich geht mindestens dem Schicksale Danzigs entgegen. Ein Staat, der sich von einem anderen Staate unter Drohung mit Waffengewalt die Zusammensetzung seiner Regierung, den Leiter seiner Polizei und die Prinzipien seiner Politik vorschreiben lassen muss, hat seine Unabhängigkeit verloren. Von der Achtung vor der Unabhängigkeit Oesterreichs, von den Garantien, die Oesterreich angeblich als Gegenleistung erhalten sollte, ist in der Rede Hitlers nicht mehr die Rede gewesen. Die Unabhängigkeit Oesterreichs hat für Hitler aufgehört, ein Objekt der internationalen Politik zu sein. Oesterreich ist auf Gnade oder Ungnade von ihm abhängig, es ist zu einem ausschliesslichen Objekt der deutschen Politik geworden.

Unmittelbar verknüpft mit dem Fall Oesterreich ist das Schicksal der Tschechoslovakei. Die Rede Hitlers enthält einen schweren Eingriff in die Souveränitätsrechte des tschechoslovakischen Staates. Indem Hitler sich zur Schutzmacht über alle an deutschen Grenzen wohnenden deutschen Minderheiten aufwirft, erhebt er den Anspruch, unter dem Drucke seiner militärischen Macht regelnd in das Verhältnis der Nationen in der tschechoslovakischen Republik einzugreifen. Er setzt sich damit gleichzeitig über das Recht des Völkerbundes hinweg. Bisher stand der deutschen Minderheit in der Tschechoslovakei das Recht der Beschwerde an den Völkerbund zu. Hitler setzt einseitig an die Stelle dieses Rechts ein Beschwerde-recht an sich selbst. Er stellt die Forderung auf, dass die tschechoslovakische Republik der Partei Henleins Handlungen zugestehen müsse, die bis jetzt Akte des Hochverrats an der tschechoslovakischen Republik bedeu-tet hätten. Er greift drohend in die Rechtsverhältnisse in der tschechoslovakischen Republik ein. Die inneren Wirkungen dieser einseitigen Erklärung in der Tschechoslovakei müssen alsbald sichtbar werden, schwerste Konflikte sind unausweichlich. Wir haben letzthin an der Hand eines deutschen Dokuments gezeigt, wie weit die braune Verschwörung in der Tschechoslovakei reicht. Die Regierung der tschechoslovakischen Republik erkennt die Gefahr. Ihre feierliche und überaus ernste Radio-Kundgebung am Abend des 20. Februar ist ein Beweis dafür. Hier ist ein über-

Das Ultimatum

Wie Hitler in Berchtesgaden tobte

Der „Populaire“, das Organ der französischen sozialistischen Partei, veröffentlicht die folgende Darstellung der Unterredung Hitler-Schuschnigg, die er aus bester Quelle erhalten hat:

„Zu Beginn der Unterhaltung waren die beiden Kanzler allein. In den Vorzimmern warteten die Aussenminister von Oesterreich und Deutschland, Herr Guido Schmidt und Herr von Ribbentrop, und drei deutsche Generäle (Keitel, Reichenau, Sperrle). Im Anfang schien die Unterredung sehr ruhig zu verlaufen, aber bald hörte man Hitler laut schreien. Man konnte sogar einzelne Sätze verstehen, zum Beispiel:

„Sie kommen auch noch unter die Räder!“

„Ich muss ein Reich von 80 Millionen schaffen.“

Seine Rede wurde immer wieder durch Drohungen unterbrochen. Im Vorzimmer hatte man den Eindruck, dass der Führer einen wahren Tobsuchtsanfall erlitten. Die Freunde des Führers erklärten wie zur Entschuldigung, dass das nur selten vorkomme.

Hitler begann mit der Erklärung, dass er heute den letzten Versuch zur Befriedung des Verhältnisses zwischen den beiden Staaten unternahme. Er fügte

hinzu, dass seine eigene persönliche Haltung gegenüber Oesterreich, seinen Führern, und gegenüber der Idee, die Habsburger wieder einzusetzen, feindselig, ja von Hass getränkt bleibe. Dennoch wolle er dies in die zweite Linie schieben und die Anwendung des deutsch-österreichischen Vertrages auf eine korrekte Grundlage stellen, insbesondere wolle er sich an den österreichischen Nationalsozialisten desinteressieren und ihnen jede Unterstützung von Deutschland abschneiden. Demgegenüber aber verlange er die unverzügliche Annahme seiner Forderungen; wenn nicht, so würde er in Oesterreich einmarschieren und würde es vernichten. Er drohte, dass er sich zu diesem Zweck aller Mittel bedienen würde, einschliesslich des Krieges und eines nationalsozialistischen Aufstandes, der genügende materielle und finanzielle Hilfe vom Reiche erhalten würde.

Im Laufe der Besprechung rief Hitler von Zeit zu Zeit einen der im Vorzimmer wartenden Generäle herein, die dann auf Fragen Hitlers die Einzelheiten der technischen Vorbereitungen für eine militärische Aktion gegen Oesterreich bestätigten.

Hitler liess später auch den General Keitel eintreten, der bei seiner Rückkehr

ins Vorzimmer sich mit Herrn von Ribbentrop laut über die Vorbereitungen eines eventuellen Krieges gegen Oesterreich berieth.

Hitler, der auf seine ersten Drohungen zurückkam, erklärte dem Bundeskanzler gerade heraus, dass er sich unverzüglich entscheiden müsse; denn schon in wenigen Stunden werde es zu spät sein.“

So weit der Bericht. Schuschnigg gab nach, es wurde eine Paktation aufgestellt. Der Bericht fährt fort:

„Diesem Akkord wurde von Hitler endlich die Form eines Ultimatums an Oesterreich gegeben, das am 15. Februar, nachmittags 6 Uhr, ablaufen sollte.“

Im übrigen hat Hitler Vorwürfe gegen Schuschnigg erhoben wegen der Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslovakei. Er hat rund heraus gesagt, dass Oesterreich in Zukunft das Reich bei seiner Aktion gegen die Tschechoslovakei unterstützen müsse.

Fügen wir schliesslich hinzu, dass der Führer immer wieder aussprach, dass Oesterreich weder auf Frankreich noch auf England rechnen könne. Er begründete seine Anschauung mit der Erinnerung an die Ereignisse des 7. März 1935 (Rheinlandbesetzung).“

aus gefährlicher Konflikt im Entstehen. Der tschechoslovakischen Republik droht ein Ultimatum Hitlers.

Ebenso unverhohlen ist die Drohung gegen die spanische Republik. Die Hoffnung, dass die gegen eine Fortsetzung des spanischen Abenteuers sich wendenden Kräfte in Deutschland Erfolg haben könnten, ist seit dem 4. Februar dahin. Hitler bestätigt die feste Absicht, einen Sieg der Republik nicht zu dulden. Das ist die Gegenleistung für Mussolini für Oesterreich. Hitler gibt Mussolini freie Hand für eine verstärkte Intervention, er gibt ihm Rückendeckung, wenn er in einen Konflikt mit Frankreich und England geraten sollte. Hitler feiert Italien und Japan als Verbündete, er preist die säkulare Bedeutung der Politik Mussolinis. Er setzt sich für den Sieg Japans ein, er wird Mandschukuo anerkennen.

Von England und Frankreich fordert er die alten deutschen Kolonien zurück — unter den heftigsten Ausfällen gegen die englische öffentliche Meinung, gegen englische Parlamentarier wie gegen Mr. Eden.

Der Völkerbund ist mit einer Handbewegung bei Seite geschoben — niemals wird Deutschland wieder in den Völkerbund eintreten. Alle Versuche einer wirtschaftspolitischen Verständigung erleiden das gleiche Schicksal, so auch das Projekt van Zeeland — Hitler will Raum, keine Kredite!

Die Gesamtheit dieser Erklärungen ist ein geschlossenes, längst bekanntes Programm. Es ist die aus „Mein Kampf“ bekannte Zielsetzung, es ist das Rosenberg-Programm, vermehrt um die weltpolitischen Forderungen der Alldutschen, und so wird dieses Programm ganz logisch abgeschlossen durch eine wiederholte Feinderklärung gegen Sowjet-Russland.

Der machtrunkene Diktator hat sich im Innern freie Bahn für seine Politik geschaffen. An allen Ecken und Enden drohen schwerste Konflikte. Man denkt an den Uebermut der deutschen Kriegspartei im Weltkriege: „Feinde ringsum — mag es sein!“

Krise in England

Wie ist die Reaktion der demokratischen Mächte auf den Fall Oesterreich, auf die Drohungen gegen das republi-

kanische Spanien und gegen die tschechoslovakische Republik? Unter Führung der englischen konservativen Regierung ist bisher ein klarer Zusammenschluss der politischen, vor allem aber auch der moralischen Gegenkräfte gegen die immer stärker werdenden Drohungen der Diktaturländer verhindert worden. Unter der Parole „keine ideologische Blockbildung“ ist die Mobilisierung der Weltmeinung gegen den Geist der Despotie und der Gewalt abgelehnt worden. Die Antwort des „ideologischen Blocks“ Deutschland-Italien-Japan, wie sie in der Hitlerrede gegeben wird, ist die Verkündung der Lehre von der permanenten Intervention überall dort, wo diese drei Mächte vorgeben werden, dass das Gleichgewicht durch bolschewistische Einflüsse gestört werde. Wer schützt Frankreich davor, dass Hitler eines Tages erklärt, eine Regierung von Thorez bis Reynaud stehe unter dem Befehle Moskaus und sei eine Störung des europäischen Gleichgewichts! Der Begriff der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ist mit dieser Lehre vollständig zerstört. Wo das Dritte Reich keine „unterdrückten Deutschen“ zum Vorwand für eine Intervention nehmen kann, wird es immer „bolschewistische Einflüsse“ finden.

In dieser Situation ist der bisherige englische Aussenminister Eden zurückgetreten. Die Regierung Neville Chamberlains will den Versuch machen, die Demokratien und die Diktaturen in ein friedliches Verhältnis zu bringen. Sie will diesem Versuch das republikanische Spanien, den Völkerbund und die Unabhängigkeit Oesterreichs opfern. Das friedliche Verhältnis zwischen Demokratien und Diktaturen heisst mit einem bekannten Worte „Viererpakt“. Dieser Plan der englischen Konservativen um Neville Chamberlain ist ein Verrat an der europäischen Demokratie. Er lässt voraussagen, dass diese Regierung auch die tschechoslovakische Republik preisgeben würde. Eden ist zurückgetreten, weil er nicht mit Italien verhandeln wollte, wenn die spanische Frage nicht einbezogen würde. Das entlarvt die Chamberlainsche Politik vollends. Sie will also Mussolini freie Hand in Spanien geben!

Diese englische Krise stellt auch Frankreich vor Entscheidungen. Soll unter dem Volksfrontregime wirklich der reaktionäre Viererpakt geschmiedet werden? Seit Monaten ist in der französischen Kammer keine ernsthafte aussenpolitische Debatte mehr geführt worden. Kann die französische Volksfront sich der reaktionären Politik Chamberlains unterordnen, und damit ein weiteres Zeichen der Schwäche der europäischen Demokratie geben?

Nicht dass wir glaubten, dass die Schwäche und die Ziellosigkeit der von England geführten Politik Hitler zum Siege verhelfen würde! Aber sie gibt ihm Gelegenheit, mit „nachtwandlerischer Sicherheit“ ein Feuer nach dem anderen anzuzünden, und so die Gefahr zu vergrössern, dass eins dieser Feuer die europäische Pulverkammer erreicht. Lloyd George hat die Rheinlandbesetzung einen „Fackeltanz in einer Pulverkammer“ genannt. Heute ist die Lage noch gefährlicher!

Und das deutsche Volk?

Aber wie steht das deutsche Volk zu der Rede und zu den Plänen Hitlers? Jubelt es ihnen zu, wird es wirklich das totale Kriegsinstrument sein, das ihm restlos gehorcht? Ist Hoffnung, dass Hitler von innen her gehemmt wird, ehe er zu einem Abenteuer schreitet, das vielleicht die Welt in Brand steckt?

Wir haben nach dem 4. Februar darauf verwiesen, dass die Kriegspartei zunächst gesiegt hat. Das Vorgehen gegen Oesterreich und die Rede vom 20. Februar sind eine Bestätigung dieser Auffassung. Dem 4. Februar folgte zunächst Unruhe in der Bevölkerung, dann wieder dumpfe Ruhe. Kein Zweifel, dass das erfolgreiche Ultimatum gegen Oesterreich zunächst Hitlers Stellung stärken wird. Die Schwäche der besten Kräfte des deutschen Volkes beruht nicht zum wenigsten darauf, dass sie bisher nicht die politische-moralische Unterstützung der west-europäischen Demokratien in ihrem schweren Kampfe gegen die Demagogie des Hitlersystems hinter sich fühlen. Immer dann, wenn die europäische Demokratie sich zur Höhe ihrer Prinzipien aufgeschwungen hat, ist der geistige innerdeutsche Kampf ge-

Das Spargeldwunder

Die Geheimnisse der deutschen Sparanlagenstatistik

Gibt es einen schlagenderen Beweis für den steigenden Wohlstand des deutschen Volkes, den Ueberschuss des Einkommens über den Verbrauch, als das Anwachsen der Sparkassenguthaben! „Das Jahr 1937“, schreibt „Der deutsche Volkswirt“ (21. Januar 1938), „übertrifft mit neuhinzugekommenen Spareinlagen in Höhe von 861 Millionen bei weitem das bisher in dieser Beziehung günstigste Nachkriegsjahr 1935, das einen Anstieg um 503 Millionen erbrachte“. Es ist zwar richtig, dass der Zuwachs der Sparguthaben von 1937 ein Rekord ist für die Zeit, in der das Dritte Reich besteht, aber eben nur für diese. Es hatten sich die Spareinlagen belaufen 1928 auf 7,2, 1929 auf 9,3 Milliarden, das ist eine Zunahme um 2,1 Milliarden. „Der deutsche Volkswirt“ nennt den Betrag, der im Laufe des vergangenen Jahres dem Bestand der Spareinlagen zugewachsen war, eine gewaltige Summe. Diese „gewaltige“ Summe hatte aber nur etwa zwei Fünftel dessen betragen, was an Spareinlagen den deutschen Sparkassen in einem Jahre zugeflossen war, dessen Produktion zwar grösser war als in den Krisenjahren, aber doch nicht so gross wie, nach amtlicher Feststellung, die Erzeugung von 1937.

Noch erstaunlicher als das Sparergebnis des letzten Jahres erscheint es dem „Deutschen Volkswirt“, dass gerade im Dezember und in den Monaten vorher mehr Spargelder eingezahlt als abgehoben worden sind, obwohl „an sich der Dezember kein Sparmonat ist“, weil „Weihnachtseinkäufe und Mehrausgaben der Festtage erfahrungsgemäss für grosse Verbraucherschichten nur dadurch erschwinglich sind, dass auf Ersparnisse der Vormonate zurückgegriffen wird, weshalb es in der Natur der Sache liegt, dass in diesem Monat die Auszahlungen die Einzahlungen übertreffen.“ Da überrascht es den „Deutschen Volkswirt“, dass in den letzten vier Monaten des Jahres 1937 der Ueberschuss der Einlagen weit grösser war als im Jahre vorher und dass der Auszahlungsüberschuss vom Dezember 1936 in Höhe von 47,6 Millionen sich im Dezember 1937 in einen Einzahlungsüberschuss von 60,6 Millionen verwandelt hatte. „Der deutsche Volkswirt“ hält es für erstaunlich und aus Wunderbare grenzend, dass trotz den Ausgaben für das Weihnachtsfest noch so viel gespart werden konnte. Stellt man aber auch hier den Ziffern der beiden letzten Jahre des Dritten Reiches die von 1929 gegenüber, also des Jahres der Republik, das dem Umfange der Produktion nach das Vergleichbarste ist, so ergibt sich etwas ganz anderes als das, was „Der deutsche Volkswirt“ mit seinen Zahlen beweisen will.

Es betrug der Einzahlungsüberschuss (+) bez. der Auszahlungsüberschuss (-) in Millionen Mark:

	1929	1936	1937
September	+ 129	+ 15,2	+ 64,5
Oktober	+ 127	+ 12,5	+ 115
November	+ 104	+ 27,5	+ 103
Dezember	+ 188	- 47,6	+ 60

Diese Ziffern beweisen nicht, dass im Dritten Reich ersichtlich viel gespart wird, sondern dass das deutsche Volk, um seine gewohnten Weihnachtsbescherungen nicht entbehren zu müssen 1936 seine Sparreserven angreifen musste und dass auch 1937 die Ersparnisse noch sehr weit hinter de-

deutschen Volke den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern. Und diese Aktion ist die einzige, die vor Gott und unserer deutschen Nachwelt den Bluteinsatz gerechtfertigt erscheinen lässt. Vor Gott, insofern wir auf diese Welt gesetzt sind mit der Bestimmung des ewigen Kampfes um das tägliche Brot, als Wesen, denen nichts geschenkt wird, und die ihre Stellung als Herren der Erde nur der Genialität und dem Mute verdanken, mit dem sie sich diese zu erkämpfen und zu wahren wissen; vor unserer deutschen Nachwelt aber, insofern wir keines Bürgers Blut vergossen, aus dem nicht tausend andere der Nachwelt geschenkt werden.“ (Mein Kampf, S. 739).

„Ich muss mich dabei schärfstens gegen jene völkischen Schreiberseelen wenden, die in einem solchen Bodenerwerb eine Verletzung „heiliger Menschenrechte“ zu erblicken vorgeben und demgemäss ihr Geschreibsel dagegen ansetzen . . . denn kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höherem Wunsch und laut höherem Recht. So wie Deutschlands Grenzen Grenzen des Zufalls sind und Augenblicksgrenzen im jeweiligen politischen Ringen der Zeit, so auch die Grenzen der Lebensräume der anderen Völker . . . Staatsgrenzen werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert. Die Tatsache des Gelingens eines unmässigen Bodenerwerbs durch ein Volk ist keine höhere Verpflichtung zur ewigen Anerkennung desselben. Sie beweist höchstens die

nen von 1929 zurückgeblieben sind. Im Dezember 1929 war der Ueberschuss der Einlagen nicht, wie im Dezember 1937, geringer, sondern erheblich grösser als in den Monaten vorher, offenbar, weil damals die Weihnachtsgeschenke verwendet zu werden brauchten, sondern auf die hohe Kante gelegt werden konnten. Wunderbar ist also nicht, dass in der Zeit des Hitleraufschwungs so viel, sondern dass trotz höheren Umfangs der Produktion weit weniger erspart wird als in den wirtschaftlich günstigen Zeiten der Republik.

Dem „Deutschen Volkswirt“ versetzt aber schon dieses Wenige in den pflichtgemässen Zustand bewundernden Staunens. Darum bemüht er sich, für das angebliche Wunder der Spartätigkeit im Dritten Reich eine zureichende Erklärung zu finden. „Zur Erklärung des ungewöhnlichen Sparergebnisses der letzten Monate“ genügt ihm nicht die „durch den Wirtschaftsaufschwung bedingte Einkommensteigerung, auch nicht die Ausschüttung der Weihnachtsgeschenke noch die von Göring verordnete Feiertagsbezahlung. Alle diese nur von der Einkommenseite ausgehenden Erwägungen reichen keinesfalls aus, sondern seien „der Ergänzung aus dem Blickpunkt der Nachfrage“ bedürftig. Das Anwachsen vieler Sparkonten fände auch darin seinen Grund, dass „die Rohstoffverknappung, vor allem die einschneidenden Beschränkungen im Bau von Eigenheimen, zweifellos manchen Groschen auf dem Sparkonto belassen haben, der sonst, vermehrt durch Leihgelder von Freunden und Verwandten, beim Hausbau seine Verwendung gefunden hätte“. Mit anderen Worten: Es würde auch im letzten Jahre von den Spargeldreserven gezehrt worden sein, wenn nicht statt dessen die Rohstoffreserven für die Aufrüstung verbraucht würden. Ohne dieses Zwangsparen würde der Einzahlungsüberschuss nicht grösser, sondern eher noch kleiner sein als 1936. Nicht „das Vertrauen“, „dass der deutsche Sparer der Währungspolitik entgegenbringt“, kommt in dem Anwachsen der Spareinlagen zum Ausdruck, sondern eher das Gegenteil.

Aber „Der deutsche Volkswirt“ hätte an dem Wunder der Spartätigkeit in Deutschland noch viel weniger zu bestaunen, wenn er nicht verschwiege, dass ein gut Teil der Einzahlungsüberschüsse garnicht existiert, sondern nur vorgeläuscht ist. Ein Teil der Zunahme von Sparguthaben bei den Sparkassen sind keine neuen Ersparnisse, sondern alte, die nur ihren Platz gewechselt haben. So heisst es im letzten Geschäftsbericht der Landesbank der Rheinprovinz:

„Die Gesamtzunahme von rund 52 Millionen Mark Spareinlagen ist nur durch Zinsgutschriften und durch Uebernahme von Werksparkassen erzielt worden. Besonders erfreulich ist die Beruhigung, die im Sparkassengeschäft sich insofern bemerkbar gemacht hat, als die Rückzahlungshäufigkeit der Spareinlagebestände im Vergleich zu früher sich in einer weiteren beachtlichen Abnahme befindet. Der Einlagenzuwachs der rheinischen Sparkassen und darüber hinaus aus der Verminderung gewisser Teile des Aktivgeschäfts anfallende weitere Mittel wurden von den Sparkassen fast restlos zur Stärkung der Liquidität und

zur Unterstützung der Regierungsmassnahmen, insbesondere der Konsolidierung verwandt.“

Wir erfahren also, wenn auch in der im Dritten Reich gebotenen Form, die das Gegenteil dessen sagt, was eigentlich gesagt werden soll, erstens, dass ungewöhnlich viel Abhebungen von Spareinlagen stattgefunden haben und zweitens ein grosser Teil der Neueinzahlungen nicht neue Ersparnisse sind, sondern den aufgelösten Werksparkassen entstammen. Die Auflösung der Werksparkassen war schon 1934 im Reichsgesetz über das Kreditwesen angeordnet worden. In einer späteren Ausführungsverordnung war vorgeschrieben worden, dass die Auflösung stufenweise zu erfolgen habe, und zwar durften am 31. Dezember 1937 noch höchstens drei Viertel des Einlagenbestandes von Ende 1936 vorhanden sein. Aus dem Bericht der Landesbank der Rheinprovinz geht hervor, dass die Belegschaften nicht über ihr Guthaben aus den aufgelösten Werksparkassen selbst verfügen dürfen, sondern dass diese zwangsweise den Sparkassen überwiesen werden. Zweifellos gibt die Auflösung der Werksparkassen auf dringende amtliche Empfehlung in beschleunigtem Tempo vor sich.

Es hat sehr den Anschein, dass den grossen rheinischen Industrierwerken dringend nahegelegt wird, sie könnten sich einen Stein im Brett des Regimes erwerben, wenn sie die Fleissaufgabe erfüllen, ihre Werksparkassen schon jetzt, also noch vor Ablauf der gesetzlichen Frist, aufzulösen. Das hat z. B. der grosse Konzern der „Guthoffnungshütte“ in Oberhausen getan. Aus seiner Bilanz für 1936-37 ist der Posten Werksparkassen vollständig verschwunden. Es ist ein Betrag von nicht weniger als 13,5 Millionen, das ist fast ein Viertel des Aktienkapitals, innerhalb eines Jahres zur Ueberführung an die Sparkassen flüssig gemacht. Dass dieser schwerindustrielle Konzern sich eines so gewaltigen Betrages entledigen, trotzdem seine Liquidität verbessern und seine Reserven um 18 Millionen Mark erhöhen konnte, zeigt, wie riesenhaft die Aufrüstungsgewinne sind. Die Kehrseite dieser machtvollen Zunahme privaten Vermögens auf Staatskosten ist das Anwachsen der Reichsschuld. Damit sie nicht in offene Inflation ausarte, monopolisiert das Hitlerregime die Verfügung über alle Geldreserven der Nation in seiner Hand, und dazu müssen auch die Spargroschen der Arbeiter herhalten. Deshalb wird der Grossindustrie mit den Werksparkassen zugleich ein billiges Mittel zur Finanzierung ihrer Investitionen entzogen, auf das sie allerdings verzichten können, weil das Reich ihnen genug zu verdienen gibt. Daher wird alles, was an Spargeldern mobilisierbar ist, den öffentlichen Kreditinstituten zugeführt, die leichter als die privaten gezwungen werden können, ihre Gelder unter Vernachlässigung aller anderen Anlagemöglichkeiten in den Dienst der Aufrüstung zu stellen. Wenn etwas an der Entwicklung der Sparkasseneinlagen im Dritten Reich bewundernswert ist, so nur die Geschicklichkeit, mit der das Regime es zu verschleiern versteht, dass das Volk nicht reicher wird, sondern seine Reserve an Geld und Gut aufzehren muss. G. A. F.

Kraft der Eroberer und die Schwäche der Dulder. Und nur in dieser Kraft allein liegt dann das Recht.“ (Mein Kampf, S. 740).

„So wie unsere Vorfahren den Boden, auf dem wir heute leben, nicht vom Himmel geschenkt erhielten, sondern durch Lebens Einsatz erkämpfen mussten, so wird auch uns in Zukunft den Boden und damit das Leben für unser Volk keine völkische Gnade zuweisen, sondern nur die Gewalt eines siegreichen Schwertes.“ (Mein Kampf, S. 741)

„Das Recht auf Grund und Boden kann zur Pflicht werden, wenn ohne Bodenerweiterung ein grosses Volk dem Untergang geweiht erscheint. Noch ganz besonders dann, wenn es sich dabei nicht um ein ix-beliebige Negervölkchen handelt, sondern um die germanische Mutter all des Lebens, das der heutigen Welt ihr kulturelles Bild gegeben hat. Deutschland wird entweder Weltmacht sein, oder überhaupt nicht sein.“ (Mein Kampf, S. 742.)

Das ist der Inhalt der Dynamik des Dritten Reiches, das liegt zu Grunde, wenn sie sagen „das ganze Deutschland“. Für die Grossdeutschen der Paulskirche war das Nationale gebunden an den inneren Freiheitswillen der Völker, an die übergeordnete Idee der Förderung der europäischen Freiheit. Für die Nationalsozialisten ist „das ganze Deutschland“ ein wüster Machttraum im Stil der Alldutschen von 1895. Das deutsche Volk läuft Gefahr, dass mit dieser Anbetung des Schwertes, die eine schauerliche

Perverbierung des deutschen Nationalgefühls darstellt, auch noch das Deutsche Reich von heute zerstört wird!

Eduard Anseele gestorben

In Gent ist Eduard Anseele, einer der Gründer der belgischen Arbeiterpartei, im Alter von 82 Jahren gestorben. Sein Name ist verknüpft mit der Gründung des „Vooruit“ in Gent, der eine der schönsten und mächtigsten Genossenschaften ist. Sie ist eine Kulturlat des Sozialismus. Sie beherrscht das Wirtschaftsleben des Genter Textilzentrums, ihr gehört eine eigene Fischerflotte, die unter dem Namen „Die rote Flotte“ bekannt ist. Eduard Anseele, Lehrer des Sozialismus und praktischer Sozialist, war einer jener militanten Sozialisten des 19. Jahrhunderts, die nicht vom Hass getrieben wurden, wie die Gagner behaupten, sondern von dem glühenden Willen, den Weg zum kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft zu bahnen.

Deutscher Reisepass. Passwerber in Deutschland müssen folgende Erklärung unterschreiben: „Mir sind nach sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, dass ich gemäss Paragraph 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 Jude bin.“

gen die Despotie belebt worden. So war es, als der Völkerbund die Sanktionen gegen Mussolini beschloss. Damals hat sich gezeigt, welche moralische Waffe der Völkerbund in der Hand hat. Die Politik der Kapitulationen aber, der Schwäche in der Verteidigung der Freiheit und der Preisgabe des Rechtes schwächt auch die Freunde der Freiheit in Deutschland. Für sie ist es schon viel, wenn die Wahrheit gesagt und illusionslos die Konsequenzen der Hitlerpolitik gezeigt werden.

Wann wird Westeuropa erkennen, dass der Kampf gegen den Faschismus einheitlich geführt werden muss, und dass es die Pflicht der westeuropäischen Demokratie ist, dem Kampfe in Deutschland politisch-moralische Unterstützung zu geben?

Hitler wird nach dem Falle Oesterreich und angesichts der Krise in England aufs neue versuchen, das deutsche Volk in den Rausch eines Sieges ohne Krieg zu versetzen. — bis das trottsame Volk sich eines Tages dem furchtbaren Ernst des wirklichen Krieges gegenübersehen wird, und damit der Tragödie der Niederlage mit ihren verheerenden Folgen.

Das ganze Deutschland

Das Sprachrohr Görings, die „Essener Nationalzeitung“, hat das Drama von Berchtesgaden begrüsst mit dem Jubelruf: „Das ganze Deutschland soll es sein!“ Dieser Aufsatz, der in Oesterreich zu einem Verbot der „Nationalzeitung“ geführt hat, das allerdings nur wenige Stunden gedauert hat, schloss mit den Worten: „Wenn aber das erreicht ist, dann steht, gebildet aus zwei Staaten, und gewachsen aus einem deutschen Volke, der Traum unserer Sehnsucht: das grossdeutsche Reich.“

Nach dem Machtantritt Hitlers hat das System seine Politik der Kriegsrüstung und des Angriffs als gradlinige Fortsetzung der Politik der Republik maskiert, die auf Gleichberechtigung in der Abrüstung durch eine Politik der Verständigung gerichtet war. Heute maskiert es seine nach dem europäischen Südosten zielende Eroberungspolitik als Erfüllung der nationalen Sehnsucht des deutschen Volkes nach Einheit. Kein Zweifel, dass es damit abermals tiefe Verwirrung anrichten wird.

Zwischen der liberalen grossdeutschen Sehnsucht von einst und der Macht- und Eroberungspolitik des Dritten Reiches von heute aber besteht so wenig eine Gemeinsamkeit, wie zwischen der Paulskirche von 1848 und Hitlers Reichstag von heute! Das grossdeutsche Reich war einst der Traum der freiheitlichen Kräfte — das grossdeutsche Reich, das Hitler und Göring wollen, ist die Verkörperung des Herrschaftswillens des neuen deutschen Militarismus. Es ist nicht geboren aus dem Geiste der die Freiheit auf ihre Fahne schreibenden Revolution, sondern aus dem Geist des finstersten Allddeutschums.

Im Jahre 1895 erschien in Deutschland eine Schrift: „Grossdeutschland und Mitteleuropa um 1950“, deren Leitmotiv war: „Nach Südosten und nach Osten sind der Entwicklung des Deutschums natürliche Grenzen nicht gesteckt.“ Der Verfasser dieser alldutschen Schrift träumte von einem grossdeutschen Reich, das schon im Jahre 1915 200 Millionen Einwohner umfassen sollte. Dies grossdeutsche Reich des alldutschen Traumes sollte folgende Länder umfassen: Deutschland, Oesterreich, Ungarn und alle slavischen Länder der Habsburger Monarchie, Holland, Belgien, die deutsche Schweiz, die baltischen Staaten, Polen, Ruthenien und Serbien.

Die Politik Hitlers ist Geist von diesem Geiste! Heute ist es an der Zeit, an einige grundlegende Stellen seines Buches: „Mein Kampf“ zu erinnern. Es heisst darin:

„Demgegenüber müssen wir Nationalsozialisten unverrückbar an unserem aussenpolitischen Ziele festhalten, nämlich dem

Berichte aus Deutschland

Der Raubbau am Wald

Ein uns besuchender Holzfachmann aus Deutschland berichtet:

Es ist mir bekannt, dass die Fachorgane und die Zeitungen des Auslandes die Öffentlichkeit seit langem mit alarmierenden Nachrichten über den Raubbau versehen, der am deutschen Walde getrieben wird. In Wirklichkeit ist die Sache noch schlimmer, als sich der Ausländer vorstellen kann.

Es ist nun einmal so, dass die Bäume Jahresringe bilden und dass sie das Tempo ihres Wachstums nicht zuliebe irgend einer Regierungsform beschleunigen. Zweidrittel des deutschen Waldes besteht aus Nadelholzbeständen. In der Mehrzahl sind unsere Nadelwälder mit Kiefern und Fichten bestanden. Die Kiefer wird gewöhnlich in achtzig- bis hundertzwanzigjährigem Hochwaldbetrieb bewirtschaftet. Die Fichte hat einen 90 bis 110jährigen Umtrieb. (Umtrieb ist die Zeit, die von der Kultur bis zur Haugung (Abtrieb) eines Forstbestandes verstreichen muss, wenn der Wald nicht leiden soll).

Gegen die planmässigen, vorsichtigen Jahreseinschläge, die vor dem Dritten Reich in Deutschland stattgefunden haben, hat sich schon die Regierung im Wege der Gesetzgebung gewendet. Auf Grund der Ermächtigung des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 7. Dezember 1936 (Rgbl. I, 1011) hat der Reichsforstmeister durch Verordnung vom 15. Dezember 1936 (Rgbl. I, 1018) angeordnet, dass in Waldungen jeder Besitzart in der Zeit vom 1. Oktober 1936 bis 30. September 1937 150 Prozent des Abnutzungssatzes einzuschlagen sind. Die gleiche Anordnung ist nun auch durch Verordnung vom 26. Juni 1937 (Rgbl. I, 752) für das Forstwirtschaftsjahr 1937-38 getroffen worden.

Das ist schon ein entsetzlicher, nicht wieder gut zu machender Schaden, der da dem deutschen Walde zugefügt wird. Aber bei den gesetzlichen Raubbauverordnungen ist es nicht geblieben. Die Holzfirmen, die in den Revieren ihre Einschläge vornehmen, weisen sich in allen möglichen Fällen durch besondere Dringlichkeitsverfügungen aus, damit sie noch weit mehr schlagen können, als amtlich zugelassen war. Der eine legt eine Bescheinigung darüber vor, dass er westpreussisches Kiefernholz für Eisenbahnschwellen brauche, der andere fängt zu roden an, weil Möbelholz für Heeresbestände nötig sei. Dabei ist leicht zu sehen, dass die Bescheinigungen durch Veltternwirtschaft erzielt worden sind. Denn, dass man das frisch geschlagene Holz nicht für dringenden sofortigen Bedarf verbrauchen kann, weiss auch der Laie.

Ich besuche beruflich viele Förstereien. Kürzlich sagte mir ein Oberförster:

„Was wollen Sie machen? Ich sollte vor kurzem jungen Wald einschlagen lassen und habe mich an meine vorgesetzte Behörde gewendet. Die hat den Einschlag verboten, weil er, auch nach den ergangenen Anordnungen des Reichsforstmeisters, gegen eine geordnete Waldbewirtschaftung verstösst. Aber dann sind die Interessenten mit noch besseren Beschlüssen aus Berlin gekommen. Der Wald ist geschlagen. Ich versuche es nicht mehr, irgend etwas gegen den Waldfrevel zu unternehmen.“

So ist es auch. Die Bescheinigungen und Verfügungen laufen nur so durcheinander. Und was das Schlimmste ist, ich weiss, dass es alte, ehrliche Beamte gibt, die durch den neuen Hochbetrieb vollkommen korrumpiert worden sind. Sie lassen sich bestechen und sagen:

„Der Wald wird geschlagen, wenn wir etwas dafür bekommen und wenn wir nichts davon haben. Dann ist es schon besser, man gibt uns etwas dafür.“

So sieht heute die Forstwirtschaft in Deutschland aus, während wir früher stolz darauf gewesen sind, die konservativsten Einschlagbestimmungen Europas zu haben. Der Schaden wird in Hunderten von Jahren nicht wieder gutzumachen sein.

Freut euch des Lebens

Früher waren die deutschen Arbeitgeber Leute, die ihre Interessen wahrnahmen. Wobei sie nicht immer sehr rücksichtsvoll verfahren. Das war, als es noch einen Klassenkampf gab. Jetzt sind die Unternehmer „Volksgenossen“, gute Onkels, die immer Süßigkeiten für ihre lieben Arbeiter in der Tasche haben, ihnen die Wangen tätscheln, ihnen jeden Wunsch von den Augen ablesen. Wenns nichts kostet, notabene.

In einem Chemnitzener Industriewerk hat der Onkel Betriebsführer jetzt eine wunderhübsche Sache beschlossen,

Aus der Niederlausitz wird uns geschrieben:

Die Autarkiebestrebungen in Verbindung mit dem Vierjahresplan feiern besonders in der Niederlausitz ihre Triumphe. Hier entsteht ein ganz neues Industriegebiet von riesigen Ausmassen, denn hier liegen die grossen Braunkohlenvorkommen, der Rohstoff, welcher Deutschland besonders im Kriegsfall blockadesicher machen soll. Die Braunkohle wurde auch bisher schon ausgenutzt, aber in der Hauptsache wurde sie brikettiert für den Hausbrand und als Rohkohle wurde sie in grossen Kraftwerken an Ort und Stelle in elektrische Energie umgewandelt. Bei dem geringen Kaloriengehalt dieser Braunkohle lohnt ein weiter Transport nicht und so entstanden dort die Kraftwerke in Zschornowitz (mit den grössten Turbogeneratoren Europas), in Trattendorf bei Spremberg und in Lauta bei Hoyerswerda. Das letztere Werk ist verbunden mit den Aluminiumwerken. Diese Betriebe, einschliesslich der dazugehörigen Braunkohlengruben sind reichseigener Besitz. Die Kraftwerke sind geschaltet mit dem gesamten Fernleitungsnetz Mitteldeutschlands und für die ganze Wirtschaft lebensnotwendig.

Zwischen Hoyerswerda und Senftenberg befindet sich die Grube „Erica“, die einmal zu dem Petschek-Konzern gehörte. Das dürfte wohl die grösste derartige Grube sein, in welcher die Braunkohle im Tagebau gefördert wird mit riesigen Baggern. Die Sohle der Grube liegt etwa 20 Meter tief und der Umfang der Grube dürfte 15 bis 16 Kilometer betragen. Der Grube angegliedert ist die Brikettfabrik Senftenberg und das Bunkerwerk in Senftenberg, das Deutschland mit dem notwendigen Ersatz für Paragummi versorgen soll. Beide Fabriken verschlingen immense Braunkohlenmengen, sodass der Abbau derselben immer stärker forciert werden muss. Bis jetzt sind bereits 6 bis 7 Dörfer verschwunden, weil die darunter liegende Braunkohle gebraucht wurde. Die Häuser müssen geräumt werden und wie sich die Grube weiter ausdehnt, lässt man die Häuser einfach zusammenfallen und in die Grube hinunterstürzen, wo sie von den Baggern erfasst und, auf die Wagen geladen, auf die Halden befördert werden.

Bei dem Ort Ruhland befinden sich noch zwei kleinere Gruben „Erica“, die zum selben Unternehmen gehören. Daneben ist eine Hydrierungsanlage erbaut, welche die Braunkohle und ihre Substanzen in Benzin umwandeln soll. Noch wird an der Fabrik gebaut, denn nur Teile sind bis jetzt im Betriebe, aber zu

welche die Arbeiter sicher über alle Lohnsenkungen, Zwangsspenden und sonstige „Verbesserungen“ hinwegtrösten wird. Nämlich: nicht mehr das Geheul einer Sirene wird sie zur Arbeit rufen, sondern ein Glockenspiel wird statt dessen hübsche Lieder erklingen lassen: „Freut euch des Lebens...“ und „Brüder in Zechen und Gruben...“. Damit wäre die Volksgemeinschaft also endgültig komplett. Freilich: das mit dem letzteren der beiden genannten Lieder wird man sich wohl noch überlegen müssen. Das Glockenspiel kann ja nicht den Text, sondern nur die den Sozialisten gestohlene Melodie wiedergeben. Und wer bürgt dafür, dass die Arbeiter nicht in ihren Herzen den alten, wahren, ursprünglichen Wortlaut mithören werden, den der Kampf ruft: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit!...“

Vielleicht entschliesst man sich doch lieber für das Horst Wessel-Lied.

Musterung der 45jährigen. In Deutschland werden alle Männer der Jahrgänge 1893 bis 1900 auf ihre Militärdiensttauglichkeit gemustert. Wie wir der „Niederrheinischen Volkszeitung“ entnehmen, ist diese Musterung zum Teil schon abgeschlossen.

Ein neues Industriegebiet

Nur für den Krieg bestimmt

Pfingsten 1938 soll der volle Betrieb aufgenommen werden.

Zwischen Ruhland und Finsterwalde ist eine neue und noch grössere Benzinfabrik im Bau, die ein Teil des Vierjahresplanes ist, und von Reichs wegen gebaut wird. Als Zeitpunkt der Fertigstellung ist der Februar 1939 vorgesehen. Weitere Pläne sind vorläufig nicht bekannt geworden, doch ist das Investitionsprogramm damit nicht erschöpft, denn alles deutet zwangsmässig auf weitere Ausdehnung hin.

In den Wäldern der Niederlausitz entstehen in schneller Folge neue Siedlungen, einesteils um die Menschen wieder unterzubringen, welche ihre Dörfer verlassen mussten, andernteils müssen viele tausende neuer Menschen angesiedelt werden. Früher arbeiteten in der Grube „Erica“ mit Brikettfabrik etwa 1 500 Arbeiter, welche aus allen Dörfern und Städten der Niederlausitz herankamen. Heute sind, ohne die beiden Benzinwerke, etwa 17 000 Arbeiter beschäftigt, die aus allen Gebieten Deutschlands herangeholt wurden und in Baracken untergebracht sind. Diese Menschen sollen an die neue Industrie gebunden werden, deshalb gibt man ihnen die Möglichkeit einer preiswerten Siedlung. Die Grundstücke sind 800 Quadratmeter gross. Die Häuser werden in Gemeinschaftsarbeit errichtet, d. h. die Arbeiter müssen nach der täglichen Arbeit in den Gruben und Fabriken noch Bauarbeit leisten. Jeder Siedler muss 300 RM. eigenes Geld unverzinslich investieren und erhält ein Reichsdarlehen von 2 200 Reichsmark zu 3,5 Prozent, wovon 1 Prozent Amortisation ist.

Noch ist man angewiesen auf die Arbeiter der weiteren Umgebung. So fahren täglich aus Hoyerswerda 12 Autobusse und von Kamenz 3 Autobusse in das neue Industriegebiet und von anderen Städten entsprechend. Viele hunderte Arbeiter kommen auf Fahrrädern. Diese von weither kommenden Arbeiter erhalten als Fahrgeldentschädigung und Verpflegungszuschuss täglich 0,85 Reichsmark, sofern sie mit dem Autobus fahren. Die Radfahrer, wenn sie über 10 Kilometer zwischen Wohnort und Arbeitsstelle zurücklegen müssen, bekommen 0,50 Reichsmark. Diese Ausgaben suchen die Werke durch zwangsweise Ansiedlung zu ersparen. Die Arbeiter werden zur Ansiedlung gezwungen und wer sich „grundlos“ weigert, dem werden die täglichen Zulagen entzogen. So wurden schon Leute gezwungen, ihr Anwesen in Hoyerswerda zu verkaufen oder zu vermieten, damit sie ein Siedlungshaus übernehmen konnten. Diese

zangsweise Siedlung von tausenden Arbeitern mit ihren Familien, die Errichtung öffentlicher Gebäude aller Art in diesen Siedlungen zwingt zu immer ausgedehnterer Industrialisierung und ein Ende ist nicht abzusehen, es sei denn eine wirtschaftliche oder politische Katastrophe.

An die Menschen in den Siedlungen ist nur sehr schwer heranzukommen, denn sie sind abgeschlossen und jeder Verkehr ist zu kontrollieren. Das ist ja auch der Nebenzweck dieser geschlossenen Siedlungen. Die Niederlausitz war schon immer ein schwer zu bearbeitendes Gebiet. Gewerkschaft und Partei fanden nur schwer Eingang. Das wird jetzt anders, denn der Zuzug von Facharbeitern aus anderen Teilen Deutschlands lockert dieses Gebiet auf, trotz aller Abschnürung. In den Gruben und Fabriken waren bisher hauptsächlich ungelernete Arbeiter beschäftigt, aber jetzt braucht man mehr Bauarbeiter, Metall- und Holzarbeiter, die alle einmal organisiert waren und das nicht vergessen haben. Die Lebensbedingungen sind in der Niederlausitzer Oede nicht verlockend, denn aller Bedarf muss aus Sachsen oder Berlin herangeschafft werden. Das verteuert erheblich und nach Hoyerswerda oder Leipzig fahren ist noch kostspieliger. Der ungelernete Arbeiter verdient pro Stunde 74 Pfennig, der Tischler 86 und der Schlosser 88 Pfennig. Damit ist kein kulturwürdiges Leben zu führen. Hier wohnt und frohnt ein Proletariat, zwangsweise enturzelt, das sich noch auf lange Zeit hinaus mit seiner Lage nicht abfinden kann und wird.

Die Niederlausitz ist zu einem wichtigen Gebiet des Dritten Reiches geworden. Weit ab von der westlichen Gefahrenzone, ebenso vom Osten ziemlich sicher und etwa auf der Mitte zwischen Berlin und der sächsischen Südgrenze ist dieser Industrie eine besonders kriegswichtige Aufgabe gestellt. Zugleich ist gerade diese Industrie, mit ihren Siedlungen, mit der Schnellbahn zum versorgenden Leunawerk bei Merseburg diese gewaltigen Anlagen in der unfruchtbarsten Sandgegend, eine der grössten Fehlinvestitionen. Bei dem heutigen Abbau sind die Braunkohlengruben in etwa 80 bis 90 Jahren erschöpft, so dass schon aus diesem Grunde die Industrialisierung des Gebietes unwirtschaftlich ist. Nur das Dritte Reich mit seiner Ausrichtung auf den Krieg und die dadurch erforderliche Autarkie konnte solche Vergeudung von Arbeitskraft und Volksvermögen wagen. Die Folgen trägt das deutsche Volk am Ende des Dritten Reiches.

Reservistenstöcke verboten

Mit der Gesang:

Es lebe der Reservemann,
Der treu gedient hat seine Zeit,
Ihm sei das erste Glas geweiht

zogen dereinst die Bauernburschen, die ihre militärische Dienstzeit hinter sich hatten, frohen Sinns und in etwas schwankender Körperhaltung ihrem heimischen Dorf zu. Sie hatten ihre Uniform ausziehen müssen, wollten aber doch nicht ganz darauf verzichten, mit den Symbolen ihrer nun verflornten Heldenzeit geschmückt zu sein. Die Militärmütze sass ihnen, wenn auch nicht ganz vorschrittmässig, auf dem Kopf. In der Hand schwangen sie zwar keine Waffe, aber doch eine Art Ersatz dafür, einen mit den Abzeichen ihrer militärischen Leistung geschmückten Rohrstock, den Reservistenstock. Den so Geschmückten konnte jeder erkennen als das, was er war, als einen, der froh war, des Kaisers Rock nicht mehr tragen zu müssen, aber auch stolz darauf, ihm treu gedient zu haben. Nachdem Hitler die Dienstpflicht wieder eingeführt hatte, sind die Reservistenstöcke wieder zu Ehren gekommen. Aber die Freunde, diese schöne Sitte aus der Zeit Wilhelms wieder aufleben zu sehen, war sehr kurzfristig. Bereits im März 1937 war die

Herstellung besonderer Sorten von Pfeifenstöcken verboten worden, weil das Holz zweckmässiger zur Herstellung von Zellwolle oder von Zucker oder als Ersatz für Eisen oder für sonstige Ersatzstoffe Verwendung findet. Vor kurzem ist dieses Verbot dahin erläutert worden, dass zu den verbotenen Stöcken auch die Reservistenstöcke gehören.

Wie gross muss der Holzbedarf im Dritten Reich sein, wenn man den Leuten, die das Bedürfnis darnach haben, verbieten muss, der Welt, wenn sie nicht mehr Soldaten zu sein brauchen, zu zeigen, wie gern sie es gewesen sind. Am Ende wird man Hermann Göring noch seine Lamellen verbieten. Aber dazu wird es nicht kommen. Auch wenn der Blechmangel noch so gross ist.

Ordnung

Das sächsische Städtchen Meerane ist vom Geiste des Führers ganz durchdrungen. Dort muss neuerdings jeder Bürger, der „dabei betroffen wird, dass er einen Pfeierrest oder eine leere Zigarettschachtel auf die Strasse wirft“, das Corpus delicti sofort wieder aufheben und dazu noch eine Mark Strafe zahlen. So hat es die hohe Polizei angeordnet, „um die Bevölkerung auf Sauberkeit zu erziehen“. In Deutschland herrscht Ordnung. Auf dem Bürgersteig

Seit fünf Jahren brennt es!

Das ungesühnte Verbrechen des 27. Februar

28. Februar 1933 (amtlich): Auf 14 Tage verboten sind sämtliche Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Sozialdemokratischen Partei, da der Brandstifter in seinem Geständnis die Verbindung mit der SPD zugegeben hat. Durch dieses Geständnis ist die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offene Tatsache geworden.

Hitler war seit vier Wochen Reichskanzler. Er hatte den Eid auf die Verfassung geleistet. Frick hatte mitgeteilt, dass das Kabinett ein Verbot der kommunistischen Partei abgelehnt habe. Niemand, so hatte er hinzugefügt, denke daran, die Presse zu knebeln, die neue Regierung lege Wert auf die freie Meinungsäußerung. Der Reichstag war aufgelöst. Neuwahlen waren ausgeschrieben — ein Zugeständnis, zu dem sich die deutschnationale Kabinettsmehrheit erst nach der ehrenwörtlichen Versicherung Hitlers verstanden hatte, dass die Wahlen in Ordnung vor sich gehen sollten und dass, wie immer sie ausfielen, an der Zusammensetzung des Kabinetts sich nichts ändern würde.

Ein paar Wochen später war von der Verfassung nichts mehr übrig. Die kommunistische, die sozialdemokratische, ja sogar die deutschnationale Partei waren verboten, die Presse war geknebelt, das Kabinett gleichgeschaltet. Eid und Ehrenwort waren gebrochen — und der Sitzungssaal des Reichstags war ausgebrannt!

Es war der grösste Schurkenstreich, den die Geschichte kennt.

Über das Märchen von der Verbindung der Sozialdemokratie mit dem fallenden Pyromanen von der Lubbe hat die Welt schon gelacht, als es erfunden wurde. An die Schuld der Kommunisten glaubt mindestens seit dem Freispruch Dimitroffs und Torglers durch das Reichsgericht auch der Dummste nicht mehr. Alle Welt weiss, dass der Reichstag von den Nazis selbst angezündet worden ist. Alle Welt weiss, dass der Reichstagsbrand nicht das Signal für die „bolschewistische Revolution“ war, sondern die kunstvoll herbeigeführte Gelegenheit zum Absprung in den nazistischen Staatsstreich.

Wenn es aber immer noch einen geben sollte, der das nicht weiss oder nicht glaubt, so mag er sich von einem Nationalsozialisten belehren lassen.

Der „alte Kämpfer“ Kurt Lüdecke hat in New York bei Charles Scribners Son ein Buch erscheinen lassen: „I knew Hitler“. („Ich kannte Hitler“), worin er seine Lebensgeschichte, seinen Streit mit der Partei, Gefangenschaft und Flucht ausführlich zum besten gibt. Dabei macht er auch über den Reichstagsbrand einige aufschlussreiche Bemerkungen.

Lüdecke legitimiert sich durch photographische Dokumente als Beauftragter Hitlers im Ausland seit 1922. Er hat in Italien und Amerika für Hitler Verbindungen angeknüpft und offenbar auch Geld für ihn geschnorrt. Schliesslich verstrickte er sich in die Intrigen Rosenbergs gegen das Auswärtige Amt, kam deswegen — die Kleinen hängt man — nach Oranienburg und floh schliesslich von dort nach Prag und dann nach Amerika.

Als der Reichstag brannte, war Lüdecke — immer noch in Ehren und

Würden als Beauftragter Hitlers — zu Schiff von Amerika nach Deutschland. Dort auf dem „Albert Ballin“ empfing er die grosse Neuigkeit. Wie er sie erlebte, sagt er selbst:

Der Reichstag hatte gebrannt. Sofort zuckte es mir durchs Hirn: *Geschick! Gut gemacht! Ich nahm natürlich als selbstverständlich an, dass die Nazis es getan hatten.* Ich konnte damals freilich nicht voraussehen, wie sehr sie alles verpfuschen würden durch den plumpen Lubbe-Prozess, der die ganze Welt in Bewegung brachte.

Zwischen den Zeilen der Berliner Depeschen lesend, konnte ich sehen, wie sich in Deutschland alles planmässig weiterentwickelte.

Mit fühlbarem Wohlbehagen schildert der Beauftragte Hitlers sodann die vortrefflichen Wirkungen der Brandstiftung, Tausende von Verhaftungen, Zeitungsverbote usw., um noch einmal in einen Ruf des Entzückens auszubrechen:

Das schien das Ende der Kommunistischen Partei, mehr noch, die Vernichtung des Marxismus in Deutschland. *Vom Ethischen abgesehen (!)* schien mir das alles gute Politik zu sein.

Kann man aufrichtiger sein als dieser Lüdecke? Er beschuldigt sich selber der inneren Uebereinstimmung mit den Brandstiftern. Er enthüllt sich als ein würdiges Produkt der nationalsozialistischen Erziehung zur Volksgemeinschaft. Er geniert sich nicht im mindesten. Ja, warum sollte auch gerade dieser Lüdecke nicht wissen, was alle Welt weiss: dass die Nazis den Reichstag angezündet haben, nur dass er — ein echter Nazi — den Schurkenstreich verherrlicht, über den sich die ganze Welt entsetzt.

Voll Erwartung kommt der alte Kämpfer — oder soll man Fechter sagen? — in Deutschland an. Selbstverständlich will auch er an dem Reichstagsbrand seine Suppe kochen. Lüdecke will etwas werden, wenigstens Presseattaché bei der deutschen Gesandtschaft in Washington. Darüber verhandelt er mit seinem Protektor Rosenberg, der aber vor den Toren des Auswärtigen Amtes sitzt und sich selber nicht helfen kann, geschweige denn anderen. Und nun geben wir wieder dem edle Lüdecke das Wort:

„Es ist ein Jammer“, sagte ich, „dass Görings Feuerchen uns so gar keine Hilfe gebracht hat.“

„Hilfe?!“, fuhr Rosenberg los, „wir können froh sein, wenn wir dieses Feuer nicht in den Rücken bekommen!“

„Erst später“ „fiel mir die Bedeutung der Tatsache auf, dass wir als selbstverständlich annahmen, Göring selbst habe die Brandstiftung veranlasst und dirigiert, aber diese Annahme war so allgemein, dass wir daran weiter gar nichts besonderes mehr fanden.“

So bezichtigt Lüdecke nicht nur sich selbst, sondern auch seinen Freund und Gönner Rosenberg. Der Mythologe des zwanzigsten Jahrhunderts zweifelt so wenig wie Lüdecke daran, dass Göring den Reichstag angesteckt hat, aber wenn er auch Angst hat, die Sache könnte eines Tages schlecht ausgehen, so ist er doch entschlossen, aus ihr jeden möglichen Vorteil zu ziehen.

Hätte dieser Lüdecke, der selbst zwölf Jahre lang Nazi war und es nach Charakter und Gesinnung auch heute noch ist, sich auf den entrüsteten Ehrenmann herausgespielt, so

könnte man glauben, er habe geschwindelt. Aber der edle Geselle gibt sich, wie er ist, er schildert seine Spiessgesellen, so wie sie sind. Wer das tut, lügt nicht.

„Vom Ethischen abgesehen, war es gute Politik“. Sie haben den Reichstag angezündet, um Unschuldige als die angeblichen Täter zu ermorden. Sie haben den Reichstag angezündet, um dem alten Hindenburg den letzten Rest seiner Macht zu stehlen, sie haben den Reichstag angezündet, um ihre Bundesgenossen, die Deutschnationalen, übers Ohr zu hauen. Sie haben den Reichstag angezündet, um das deutsche Volk zu knechten, die ganze Welt mit neuem Völkermord zu bedrohen, sich selber aber mit Macht, Würden, Reichtum, Palästen, Villen, Autos zu bedenken.

Gute Politik — vom Ethischen abgesehen!

Das aber ist der grosse Sündenfall unserer Zeit: Sie weiss das alles, aber sie tut, als wüsste sie es nicht.

Die Nazi haben den Reichstag angezündet. Das wissen die Neurath und die Schacht, die Keitel und die Brauchitsch, aber sie tun so, als wüssten sie es nicht. Die Geheimräte in den Ministerien wissen es, und die Offiziere in den Kasernen wissen es auch. Aber sie tun so, als wüssten sie es nicht. Die Botschafter und Gesandten wissen es, aber wenn sie auf den Pfiff Berlin hin in die Ämter laufen, um gegen „die Greuellügen der Emigranten“ zu protestieren, so tun sie, als wüssten sie es nicht.

Die Nazi haben den Reichstag angezündet. Alle Regierungen der Welt wissen es, aber sie tun, als wüssten sie es nicht. Die Minister und Lords, die in das Dritte Reich zu Besuch fahren oder sich von dort Jagdgäste einladen, wissen es, aber sie tun, als wüssten sie es nicht.

Sie halten das für gute Politik. — vom Ethischen abgesehen.

Verbrecher regieren seit fünf Jahren einen der grössten Staaten Europas. Alle sittlichen Grundlagen, auf denen das Zusammenleben der Menschen seit Jahrtausenden beruht, sind seitdem ins Wanken geraten und jeder Schinderhannes hält sich für den zukünftigen Gebieter unserer Erde.

Wir aber erheben angesichts dieser ungeheuerlichen Zustände noch einmal und immer wieder den Schrei nach Wahrheit, Menschlichkeit und Recht, nach Sittlichkeit in der Politik, nach Reinigung der Welt von dem Verbrechen und den Verbrechern.

Das Zauberhuhn

„Der erste Kochlehrgang des Deutschen Frauenwerks in diesem Jahr fand bereits in der neuen Grossküche der KWS statt. 120 Frauen aus den verschiedenen Ortsgruppen Königsbergs nahmen an diesem Lehrgang teil, der am Freitag mit Kochen, und zwar mit Fleischgerichten begann. Für diesen Lehrgang gilt es, abwechslungsreich mit wenig Fleisch zu kochen und Fett sparsam zu verwenden, bezw. Butter und Schmalz durch reichlich vorhandene Fettstoffe zu ersetzen. Ausserdem sind Süssspeisen (Zucker ersetzt Fett), für Kinder besonders viel gesünder als fettreiche Gerichte.“

Das beste Beispiel für dieses Bestreben war das „Huhn im Topf“, das für vier Personen zu vier reichlichen Gerichten (Mittag und Abendbrot) verarbeitet wurde.“ („Preussische Zeitung“ Nr. 28.)

Das zertrümmerte Wien

Die Gipsmodelle auf Berghof

Im Berghof auf dem Obersalzberg, wo Adolf Hitler seine grossen Entscheidungen trifft, gibt es ein paar riesene Räume, von denen alle Gäste zu rühmen wissen. Schon das Zentrum des Hauses ist eine würdige Präsentation des deutschen Sozialismus: es ist die grosse Diele, teppichbelegt, gobelin-behangen, mit einem Konzertflügel im Hintergrunde, der selbst bei verschlossener Tastatur von Richard Wagner kündigt. An der Wand hängt ein Gemälde, auf dem ein erzgepanzter Reiter einen Schimmel lenkt. Unter der Spitze seines Speers haucht ein Drachenungeheuer sein Leben aus. Der eiserne Ritter weist keineswegs die Barttracht des Führers aller Deutschen auf, aber der Bedeutung des Symbols kann sich kein Betrachter entziehen.

Manchmal, besonders in den Abendstunden, hört man in der Nähe des Berghofes ein seltsames, dumpfes Grollen. In regelmässigen Abständen werden seine soliden Mauern leicht von Erdstössen erschüttert, öfters begleitet von infernalischem Gelächter aus unterweltlichen Tiefen. Aengstige dich nicht, Fremder, der du in diesen Mauern weilst! Im Kellergeschoss der Burg befindet sich eine deutsche Musterkegelbahn, die man vor kurzem durch Photographien in der nationalsozialistischen Presse kennen lernte. Sie zeugt von den schöpferischen architektonischen Ideen des Führers und Bauherrn auch in den kleinsten Dingen des menschlichen Daseins. Alles ist kernige Eiche, Bahn, Kugeln und Figuren, zum munteren Tun bestimmt für die Vertrauten des Meisters. Sie lassen den König mit gescholtem Armschwingen purzeln, wenn sie sich da unten vom harten Wachdienst erholen.

Doch von diesen beiden Zentren des Berghofes geht keineswegs die stärkste Strahlung in die Welt hinaus. Im Mittelstock des Hauses befindet sich der grosse lichtgetränkte Atelierraum. Hier verbringt der Führer seine tiefsten, seine wahrhaft schöpferischen Stunden; hier gestaltet er das architektonische Gesicht des Dritten Reiches für die Ewigkeit, zum mindesten aber zunächst für tausend Jahre, nach seinem Willen um. An den Wänden hängen

riesige Pläne der Städtebauer, die der Führer begünstigt. Er korrigiert mit eigener Hand, er zeichnet selber, er verbraucht grosse körnige Zeichenbogen in hohen Stössen. Rings auf den Tischen sieht man Gipsmodelle gewaltigen Umfanges, vor denen er seine baukünstlerischen Visionen hat. Hier wurde, wie uns jüngst ein Wissender bezeugte, die Umgestaltung des Stadtbildes von Berlin geboren.

Aber diese Sammlung von Gipsmodellen, vor denen der Führer tägliche und nächtliche Fleissaufgaben leistet, ist vor kurzem noch bereichert worden. Er liess sich das Modell einer grossen europäischen Hauptstadt ausserhalb des Dritten Reiches konstruieren, mit allen städtebaulichen Details, gelegen an einem breiten Flusse, über den viele Brücken führen. Mit eigener Hand schlägt er aus dem Gips die verwinkelten Gässchen und krummen Strassenzüge zusammen und rekonstruiert an ihrer Stelle die Zukunftsschau einer neuen, schöneren und grösseren Stadt: es ist Wien, die Stadt seiner Jugend als arbeitsloser Bauarbeiter und im Nachtsyl. Es ist Wien, die Hauptstadt des grösseren Dritten Reiches, von dem er träumt; wo er, wie man in „Mein Kampf“ lesen kann, jene lusternen jungen Wienermädel wegzustehlen pflegte. Jetzt kann er, zunächst in Gips, sich rächen an allem Ungemach, das er einst in Wien empfing. Jetzt kann er die jüdische Leopoldstadt zusammenschlagen, quer hindurch eine Prunkstrasse legen, den Aufmarsch seines Gefolges vorbereiten und Ehrenmäler für die Opfer der Dolchess- Ermordung vom Juli 1934 errichten. „Wien, Wien, nur du allein“: man sieht, von dem Gipsmodell im Berghof führt eine Linie zur neuesten Expedition.

Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass der Führer jüngst den Doktor Schuschnigg vor das Modell-Wien führte. Der österreichische Bundeskanzler musste zusehen, wie der braune Vogel Phönix den Gips-Trümmern seiner Hauptstadt entstieg, und kam mit den blutigen Spuren der Krallen nach Hause. —H.—

Der Zensurstempel

Geständnisse des Handbuches der Reichskulturkammer

Ausserlich kann ein Buch kaum harmloser anmuten als das Handbuch der Reichskulturkammer. Schlägt man es auf, so macht es den Eindruck eines biederen Nachschlagewerkes, das die Adressen und Verordnungen jener sieben Einzelkammern wiedergibt, die in der RKK zusammengefasst und Goebbels unterstellt sind. Selbst die kurzen Kapitel über Wesen und Aufgaben dieser Einzelkammern sind in jovialen Tönen gehalten; nur in wenigen Sätzen erkennt man die ganze Bösartigkeit und mephistophelische Heimtücke dieses geistfeindlichen Schandapparates, dessen prominente Kunstlakaien die freche Goebbelslüge vertreten müssen, es gäbe im Dritten Reich keine Zensur.

Da liest man schon im Teile der Reichsmusikkammer (gezeichnet Prof. Dr. Raabe, Präsident der RMK):

„Kunstpölitik treiben, heisst die Kunst in den Dienst der Politik und die Politik in den Dienst der Kunst stellen . . .“

Wohlgerne, *Musik!* Im Dienste der Politik! Was soll man da von den anderen Sparten erwarten? Dieses gekaufte Gesindel darf nicht einmal daran erinnern, dass es ehemals als vornehmstes Recht der Kunst galt, der jeweils herrschenden Politik nicht zu dienen, sondern der Freiheit der Kunst. Diesem Präsidenten und seinem Vize ist

„die Vorbereitung und Durchführung sämtlicher musikkultureller Veranstaltungen, die Förderung der Komponisten und des musikalischen Nachwuchses und die Verbreitung zeitgenössischer Werke vorbehalten . . .“

Damit kann das Regime jede unbenutzte Musik drosseln. Dasselbe gilt von den Leitern der Reichskammer der bildenden Künste. Wer nicht pariert, gelangt nie an die Wände einer Ausstellung. Die Strangulation ist vollkommen.

Toll und verschwenderisch macht sich der Filter des Reichsschrifttums breit. Die Reichsschrifttumskammer (Präsident: Novemberverbrecher H. Johst)

„hält den Berufsstand rein von unerwünschten Elementen und hält den Büchermarkt rein von undeutschem Gut . . .“

Im Bereich der Reichsschrifttumskammer erscheinen fünf Zeitschriften, in denen die Zensoren Dienst tun; darunter das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel. Aber damit Goebbels ganz sicher sein kann und weil das „undeutsche Gut“ nicht immer klar zu erkennen ist, obliegt „die politische Beeinflussung des deutschen Schrifttums, insbesondere die Bücherpolitik der beim Propagandaministerium errichteten Reichsschrifttumsstelle . . .“ Um diesen aufgequollenen bürokratischen Wasserkopf in seinem ganzen Umfang sichtbar werden zu lassen, zitieren wir weiter:

„Die Reichsschrifttumsstelle sieht von einer totalen Schrifttumsprüfung ab und beschränkt sich auf ein verhältnismässig kleines Lektorat, dem ein locker gefügter Arbeitskreis von Vertrauensleuten im ganzen Reich (Hochschuldozenten, Literaturkritiker an Zeitungen und Zeitschriften, literarische Mitarbeiter an Reichssendern und Bibliotheken zur Seite steht).

Die Reichsschrifttumsstelle stellt ferner die Bücherlisten für besondere Zwecke her, z. B. für den Aufbau von Werkbüchereien, Lagerbüchereien. Sie berät Schriftsteller, Verleger, Buchhändler, Büchereien und nicht zuletzt die Öffentlichkeit, um dem guten deutschen Buch die weiteste Verbreitung und den Weg zum Volke zu sichern.“

Sie „berät“: und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt! Das Handbuch verschweigt, dass es ausserdem Rosenbergs „Reichsstelle zur Förderung deutschen Schrifttums“ gibt, die mit der Reichsschrifttumskammer zusammenarbeitet. Desgleichen die „Parteiämterliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums“, die Zensurstelle der NSDAP. Kein Metternich hat sich je einen so kostspieligen, umfangreichen Zensur- und Terrorapparat leisten können. Der Autor muss beim Schreiben nach einem Dutzend Stellen schielen. Er darf sein Buch sogar drucken lassen — erst dann wird er gehängt!

Bei der Reichsfilmkammer, der Reichsrundfunkkammer und der Reichstheaterkammer dagegen besteht die offene Vorzensur. Goebbels Reichsdramaturgen überwachen schon die Proben. Ein „undeutsches Buch“ wird gegriffen nachdem es den Start begonnen, der Schaden für das System ist dabei gering, das Risiko für Autor und Verleger ungeheuer. Da kann dem System nicht viel passieren. Aber die öffentliche Aufführung von Film und Bühnenspiel — vom Rundfunk nicht zu reden — platzt in eine ungleich grössere Öffentlichkeit. Das nachträgliche Verbot findet zu breiten Widerhall. Hier muss beizeiten vorgebeugt werden:

„Das Amt des Reichsdramaturgen stellt ebenso wie das Amt des Reichsfilmdramaturgen eine Neueinrichtung dar, die im Wesen des neuen Staates begründet ist und vor allem nicht mit dem Begriff der „Zensur“ im alten Sinne verwechselt werden darf. Der Reichsdramaturg ist die Instanz, welche in allen Fragen und Streitfragen der Spielplangestaltung der deutschen Theater je nachdem anregend oder korrigierend eingreift oder auch als oberste Stelle entscheidet.“

Der Reichsdramaturg bestimmt mithin das geistige Gesicht des deutschen Theaters. Es unterstehen ihm hinsichtlich der Spielplangestaltung alle Gattungen: die Oper, das ernste und heitere Schauspiel und die Operette . . . Grundlage seiner Arbeit ist das Reichstheatergesetz, nach welchem der Reichsminister für Volksaufklärung und

Propaganda die Aufführungen bestimmter Werke verbieten oder verlangen kann.“

Nein, diese Zensur ist mit der „im alten Sinne“ wirklich nicht zu verwechseln. Selbst die des Vormärz konnte nur verbieten, aber keinesfalls den Spielplan „anregend gestalten“ oder gar „die Durchführung bestimmter Werke verlangen“. Das Theater zum Propaganda-Apparat einer korrupten Clique zu degradieren, blieb der braunen Despotie vorbehalten.

Am unschuldigsten macht sich das Kapitel über Aufgabe und Wesen der Reichspressekammer. Man liest da, dass „das Schwergewicht der kulturellen und sozialen Betreuung“ bei den fachlichen Unterabteilungen liegt. Alles weitere wird in einem harmlosen Satzchen erledigt:

„Die politische Beeinflussung der Presse im Einzelnen ist nicht Aufgabe der Reichspressekammer, sie liegt vielmehr im Arbeitsbereich des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (Abteilung IV).“

Während bei der Reichsschrifttumsstelle noch gesagt werden konnte, wie nett sie berät, anregt und fördert, hört beim Thema Presse alle biederbe Redseligkeit auf. Denn das Märchen von der deutschen Pressefreiheit wäre nicht einmal für Festredner mehr brauchbar, wenn auch nur Weniges über das Wirken dieser Abteilung IV gesagt würde. Von hier gehen die täglichen Verweise und Anordnungen an die deutsche Presse, von hier aus wird in täglichen Zirkularen bestimmt, was über dies oder jenes Ereignis geschrieben und gelogen werden muss, von hier aus werden widerspenstige oder meckerische Schriftleiter stranguliert. Hier zieht der Propagandist die Drähte seiner Marionetten am rücksichtslosesten — hier muss das Handbuch am kargsten sein.

Wie offen war demgegenüber der Absolutismus von ehemals. Seine Dekrete wurden angeschlagen: Ich verbiete, ich verbiete, ich verbiete . . . Der faschistische Despotismus findet eine entwickeltere Menschheit vor; er muss bald lächelnd, bald entrüstet lügen, lügen, bis zum bitteren Ende. Das Handbuch der RKK stellt in seiner jovialen Harmlosigkeit eine der raffiniertesten, verlogenen Tarnungen dar, die sich je eine wider die Kultur gerichtete Terrororganisation leistete. B. Br.

Henleins Propagandareisen. In Stuttgart wird eine „Sudetendeutsche Wanderausstellung“ veranstaltet. Die feierliche Eröffnung wurde durch Konrad Henlein, den Agenten Hitlers in der Tschechoslowakei, vorgenommen. Wenn die Ausstellung in eine andere deutsche Stadt wandert, wird man Herrn Henlein dort wieder vorfinden.

Der braune Oberlehrer

Wie sie Geschichte treiben

Der braunschweigische Ministerpräsident Ludwig Klages ist der Typus des wildgewordenen halbgebildeten Oberlehrers. Infolgedessen darf er jetzt dem deutschen Untertan diktieren, wie Geschichte zu lehren ist. Er hat ein dickleibiges Etwas herausgebracht, das sich „Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung“ nennt und den Lesern tolle Verbalhornungen bietet. Die DAZ skizziert den Inhalt und distanziiert sich, indem sie sich in der Form so deutlich als möglich neutralisiert. „Es ist — soweit das heute schon möglich ist — mehr ein Lehrbuch für alle, die in der Geschichte nach den Massstäben unseres politischen Handelns suchen.“

Der wildgewordene Oberlehrer will auch Objektivität in der Geschichtsbetrachtung, aber die richtige Objektivität: „Objektiv ist, wer deutsch ist“. Fertig. Und was deutsch ist, bestimmt der Führer. Geben wir eine Probe dieser Objektivität, wie sie die DAZ vom 9. 1. skizziert:

„Die Renaissance bedeutete nicht nur einen Bruch der eigenwüchsigen Entwicklung germanischer Baukunst, sie schnitt auch, so sagt Klages, die hoffnungsvollen Triebe ab, die aus der germanischen Selbstbestimmung hervorgegangen waren. Statt auf den Wegen des Meisters Eckehart und seiner Schüler weiterzugehen, die es gewagt hatten, die christliche Kirche germanisch zu empfinden, übernahm man die griechische Philosophie; eine Philosophie aus der hellenistischen Spätzeit dieses Volkes, als es bereits rassistisch von der orientalischen Unterschicht durchsetzt war, den Kampfgedanken fast ganz aufgegeben hatte und monistisch entartet war.“

Wieso muss Klages wissen, dass die Gotik romanischer Herkunft ist? Er braucht auch nicht zu erkennen, dass erst diese „spätgriechische Philosophie“ (sein Ausdruck für Humanismus) den Kampf gegen die päpstlichen Dogmen, die Reformation und den völkischen Heros Luther möglich machte. Was muss sich Hitlers Oberlehrer um solche Verflechtungen kümmern? Seine historische Objektivität arbeitet mit wem und hätte . . . Ja, wenn sich damals für die Reformation ein Oliver Cromwell gefunden hätte . . . Ja, wenn man Eckeharts Spuren gefolgt wäre! Die Grösse der historischen Figuren ordnet er danach, ob sie der deutschen Idee dienen, wobei er bestimmt, was jeweils die „deutsche Idee“ war.

„Daneben werden dann die Männer gestellt, die sich neben artemigen artfremder Kräfte (Rom) bedienten. Ihr Werk wurde oft monumentaler, glänzender, aber auch gefährdeter, und nach ihrem Tode gewann das Artfremde gewöhnlich schnell die Oberhand. In diesem Nebeneinander erblickt der Verfasser die Ursache und den dauernden Wechsel von Sieg und Untergang in der germanisch-deutschen Kaisergeschichte und die Tragik im Leben ihrer gewaltigen Gestalten.“

Erschrickt der braune Ministerpräsident nicht vor gewissen Parallelen? Wenn man Geschichte schon mit so „deutscher Objektivität“ sieht, hat dann die heutige deutsch-römische Achenpolitik nicht verhängnisvolle Ähnlichkeit mit der mittelalterlichen Achenpolitik gewisser Hohenstaufen und Habsburger?! Ziehen in Spanien nicht schon wieder deutsche Männer für „internationalen Papismus“ in den Kampf, zur Rettung katholischer Klöster, Pfünden, Kirchen und Religion, wie es

1936 hiess? Oder geht es dabei um Erze, Quecksilber und Mächterweiterung? Aber da stossen wir schon auf gewisse ökonomisch-politische Triebkräfte der Geschichte. Der halbgebildete Oberlehrer haut entrüstet ab. Hier ist sein Horizont zu Ende, hier muss er zu Ende sein, sonst könnte ihm die DAZ nicht bescheinigen, in seinem Machwerk werde

„der sittliche Gehalt des Nationalsozialismus auf allen Wissensgebieten als Antithese herausgearbeitet und den Lehren des Monismus, Pazifismus, Liberalismus, Imperialismus gegenübergestellt. Dem reinen Nationalismus und Sozialismus, Kommunismus und Kapitalismus in der Geschichte wird die Idee des Sozialismus durch die Volksgemeinschaft entgegengesetzt. Auf breiter Grundlage wird die Rassenfrage als der Schlüssel zur Weltgeschichte behandelt; die katastrophalen Folgen der Vernachlässigung des Rassegedankens in unserer Geschichte und Politik werden deutlich gemacht.“

Hitlers Geschrei nach mehr Raum und Kolonien ist weder Imperialismus, noch „reiner Nationalismus“. Man versteht, weshalb die DAZ bei Wiedergabe dieser Begriffsverwirrung und dieses dilettantischen Breis immer wieder einflucht: „— wir folgen dem Verfasser —“. Oder: „So sagt Klages“. Dieser Schmöcker ist „als Einführungsband zu dem neuen Geschichtslehrbuch „Volk und Führer“ gedacht und wendet sich in erster Linie an die Pädagogen.“ Auch das noch.

Im halbabsolutistischen kaiserlichen Deutschland wurde Geschichte immerhin von Kerlen wie Treitschke und Mommsen gelehrt — in Hitlerdeutschland besorgt das der kleine Rassenschneffler. Wo er nicht weiter weiss, betet er sein Sprüchlein vom

Lösung der Frauenfrage

In der HJ-Führerzeitschrift „Wille und Macht“ lässt sich ein künftiger Ehemann darüber aus, wie er sich die „kulturelle Führung des deutschen Mädchens“ denkt.

„Wie geht diese kulturelle Führung vor sich? Es genügt nicht allein die Feststellung, dass nicht der Weg der Belehrung und Aufklärung beschritten werden darf. Da er der bequemste ist, wird er auch der gefährlichste sein. Wir stellen ihm entgegen den Weg des Erlebens, und zwar auch hier nicht den bequemsten Weg, nämlich den der Ausrichtung nach unten, sondern den schweren, ertragreicheren Weg nach oben.“

Vielleicht stellen sich Hitlerjugend-Führer beim Lesen dieser Zeilen wirklich etwas vor. Wer vermag zu sagen, was sich in ihren Köpfen abspielt? Für die armen Irren, denen die neue Geheimsprache verschlossen ist, wird immerhin eine Erklärung abgegeben:

„Wir begnügen uns beispielsweise nicht damit, die Mädel zur Erheiterung in ein Operettentheater zu führen. Wir tun es auch, aber wir begnügen uns nicht damit. Die kulturelle Führung beginnt vielmehr beim Jungmäd, das in den Werkabenden seiner Jungmädelschaft mit einfachsten Bastarbeiten beschäftigt ist oder auf einer kleinen Blockflöte ein einfaches Lied bläst. Hier, in der Begegnung mit dem ursprünglichsten Material — nicht in einer bewussten geistigen Auseinandersetzung mit „Werten“ — wird der Grundstock gelegt. Wird das Mädel älter, so lernt es weben oder findet auf andere Weise, etwa in der Herstellung von Spielzeug und Kasperfiguren, in Singen und Spielen einen schöpferischen Weg. Einen echten, werkgerechten Strohteppeich zu flechten, bedeutet viel mehr als nützlichen Zeitvertreib.“

Ähnliche Wege sollen, so heisst es weiter, über das „erlebnisüberschwängliche“ Stegreifspiel oder das „kunstreiche“ Laienspiel zu Musik Theater und Tanz führen. Und damit scheinen die Aufgaben des neuen „BdM-Werks Glaube und Schönheit“ so ziemlich erschöpft zu sein.

Die „kulturelle Führung des deutschen Mädchens“ hat also in fünf Jahren beachtliche Fortschritte gemacht. Zum Kochtopf ist die Blockflöte, zur Nähmaschine das Laienspiel. Als die Jugendbewegung all diese Neuerungen schon um die Jahrhundertwende vorwegnahm, beging sie freien Ideenraub an Baldur von Schirach, der damals dicht vor seiner Geburt stand.

In Wahrheit ist in den letzten fünf Jahren allerdings viel mehr geschehen, als ein HJ-Verstand sich träumen lässt. Die deutschen Frauen und Mädchen sind, als der Arbeitermangel wuchs und die Löhne fielen, scharenweise ins Berufsleben zurückgekehrt, aus dem sie 1933 verjagt worden waren. Sie stehen wieder am fließenden Band, roboten auf den Feldern, gehen mit Lohntüten nachhaus, die so mager sind wie selten zuvor. Mit Blockflöte und Laienspiel sind ihre Nöte nicht zu lösen, mit „Belehrung und Aufklärung“ durch den BdM frölich auch nicht. Der „Weg nach oben“ wird ganz anders aussehen als Baldur von Schirach ihn sich vorstellt.

Rassenmythos und deutscher Zwierrat herunter. Arme deutsche Wissenschaft. B. Br.

Die geknebelte Bühne

Vor zwei Jahren forderte das „Berliner Staatstheater sechs Autoren auf, eine Komödie zu schreiben. Zur Ermunterung und zwecks Anregung der Phantasie drückte ihnen das Theater „einen hübschen runden Geldbetrag in die Hand“, wie die „Deutsche Wochenschau“ schreibt. Hören wir, was dasselbe Blatt über den Erfolg zu berichten weiss:

„Auftraggeber und Publikum waren auf das Ergebnis gleichermassen gespannt. Denn es war ein Versuch, ein Risiko. Von den sechs in Auftrag gegebenen Stücken lernten wir bisher erst drei kennen. Eines steht aber heute schon fest: wer seine Erwartungen allzu hoch spannte und glaubte, auf dem Wege des Auftrags kann ein wirklich dichterisches Lustspiel, vielleicht eine Musterkomödie geboren werden, musste enttäuscht werden.“

Die Sechs versagten also trotz der Prämie völlig, sodass die „Deutsche Wochenschau“ den Vorschlag macht, mit einem solchen Auftrag lieber die bekannten Lustspielautoren zu betrauen. Auch das ist Verlegenheitsgerede. Denn es bleibt ja auch ihnen unbenommen, eine anständige Komödie zu schreiben; statt dessen kommen auch sie nicht über die billigste Unterhaltungsware hinaus.

Die ernsteren Dramenschreiber sind nicht glücklicher: die Flucht in die Vergangenheit hält an. Die Uraufführungen der letzten Wochen brachten fast durchweg historische

Die gelbe Betriebsbilanz

Schiebung statt Sozialleistung

Zur fünften Wiederkehr des Tages der Machtübernahme ergreift der Reichsleiter Ley etwas verspätet im „Arbeitertum“ das Wort, um zunächst der erstaunten Welt bekanntzugeben, dass das „ganze deutsche Volk“ diesen Tag „in einmütiger Geschlossenheit und in festlicher Stimmung“ begangen habe. Dabei ist das „Arbeitertum“ elf Tage nach dem 4. Februar erschienen. Nach der Parole für 1938 soll nach Ley das Volk den Sozialismus „über den Weg der Freude“ empfangen. Die dazu notwendige Sozialpolitik besteht aus „Kraft durch Freude“ — „Schönheit der Arbeit“ und „Reichsberufswettkampf“. Niemand könne sich heute ein anderes deutsches Leben mehr denken. Diese Sozialordnung aber steht und fällt mit der Betriebsgemeinschaft.

Einer seiner wissenschaftlichen Berater Dr. L. H. Geck, gibt in einer Abhandlung über diese Neuordnung der Sozialpolitik zu, dass es sich bei der Verlagerung der Arbeiterfrage von der Reichsgesetzgebung in den Betrieb keineswegs um eine Erfindung der Nazis handelt. Er weist historisch nach, dass schon im alten Deutschland eine Reihe bürgerlicher Nationalökonomien wie Richard Ehrenberg, Josef Windschuh, Willy Hellpach, Eugen Rosenstock u. a. zur Neuordnung der Betriebsorganisation den Weg der Werksgemeinschaft gewiesen hatten. Aber erst das Nazi-Arbeitsordnungsgesetz hat die „wirtschaftliche Idee“ d. h. die gelbe Knechtschaft zur vollen Entfaltung gebracht.

Der Erfolg ist, soweit es sich um die gewollte innere Gleichschaltung der Arbeiter handelt, gleich Null. Die Schlacht um die Seele des Arbeiters ist nach fünf Jahren verloren. Die Arbeitsfront versucht auf neue ihr Glück, indem sie eine Bilanz der trieblichen Sozialpolitik verbreitet, die in der Entstellung der Wahrheit den sonstigen Nazibilanzen gleichkommt.

Was wird für die Betriebsfamilie ausgegeben?

Die freiwilligen Sozialleistungen der Industrie sollen auf Grund der Verlust- und Gewinnrechnungen errechnet werden. Ein gleichgeschalteter Dr. Ludwig Preller (früher Dresden) hat die Geschäftsberichte von 61 Aktiengesellschaften von 1936 untersucht und zunächst gefunden, dass 18 überhaupt nichts von Ausgaben für Betriebssozialpolitik zu berichten wussten. Die übrigen verfügten über ein durchschnittliches Aktienkapital von 70 Millionen Reichsmark, verstehen es aber offenbar ausgezeichnet, ihre Sozialausgaben ordentlich zu verschachteln. So hatten nach diesem schon mehr als gefärbten Berichten 15 Gesellschaften die gesetzlichen Sozialbeiträge mit den freiwilligen Leistungen zusammen gerechnet. Dann spielen bei den Sozialleistungen die sogenannten Rückstellungen für soziale Fonds eine entscheidende Rolle. Es handelt sich also vor allem um Betriebspensions-, Kranken- und Unterstützungskassen, die auch früher bestanden haben. Sie werden teilweise von den Belegschaften selbst mit finanziert, zum Teil sind es Erbschaftskassen zur staatlichen Sozialversicherung, so dass man sie überhaupt nicht als

zusätzliche Betriebseinrichtungen ansehen kann.

Der geprellte Preller hat weiter entdecken müssen, dass eine Anzahl Betriebe ihre freiwilligen Leistungen in das Lohn- und Gehaltskonto hineingeschmuggelt haben, auch hier war nichts zu sehen. Andere wieder hatten die Bezüge der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder in die Rubrik „Soziale freiwillige Leistungen“ verbucht. Die Werkwohnungen, die schon der alte Krupp zur Bindung seiner Belegschaft und zur Verhinderung ihrer Freizügigkeit als recht einträglich eingeführt hatte, werden ebenfalls zum Ruhm der Sozialismus bekehrten Industriellen hervorgehoben. Dass die Zwangsabgabe zur „Winterhilfe“ als Geschenk des Betriebes an die Gefolgschaft angeführt wird, ist nicht weniger gelogen, da kein Betriebsarbeiter davon auch nur einen Pfennig erhält. Er muss im Gegenteil dazu beisteuern, damit das Reich seine Armenfürsorge zu Weihnachten nicht aus eigenen Mitteln zu bestreiten braucht. Es kommt aber noch besser. Mit der Zerschlagung der Tariflöhne sind im Dritten Reich bekanntlich die sogenannten Leistungslöhne eingeführt worden. Es gibt Prämien und andere Zuschläge, die nach besonderen Anreizsystemen verdient werden können. In der Verlust- und Gewinnrechnung werden auch solche Lohnzuschläge ebenso wie Tantiemen als freiwillige Sozialleistungen mitgezählt. So hat sich Dr. Preller die Summen zurecht gemacht, die nun als das soziale Ergebnis der Nazibetriebsgemeinschaft serviert werden.

In dieser Propaganda-Bilanz werden jeweils eine Anzahl Betriebe gruppenweise aufgeführt. So sollen neun Betriebe der Maschinenindustrie im Jahre 1936 31 Mill. Reichsmark für freiwillige Leistungen aufgewendet haben bei einem Gewinn von 38,7 Mill., macht nach Preller gleich 81 Prozent. Nach der erwähnten Rechenmethode ist aber nicht nur die Angabe der Sozialleistungen falsch, sondern bei den Gewinnzahlen sind bereits Riesenabschreibungen, Dividenden, Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge vorher abgezogen. Einem solchen „Reingewinn“ von 38 Mill. entspricht der Bruttoertrag dieser Unternehmungen in Höhe von 874 Mill. Reichsmark. Dann betragen nämlich die freiwilligen Sozialleistungen nicht 81, sondern nur 3,6 Prozent.

Eine vergleichende Tabelle der Sozialleistungen mit den Aufsichtsratsbezügen zeigt zum Beispiel, dass in vier Textilbetrieben allein die Vorstandsbezüge 146 Prozent der gesamten Sozialfonds ausmachen. Der Aufsichtsrat hatte ohne zu arbeiten über 50 Prozent der Summe bezogen, die als Rücklagen für sämtliche Belegschaften gemacht worden waren.

Aus ganz Deutschland werden von vier Unternehmungen Einzelberichte gegeben, die andeutungsweise zeigen, wofür eigentlich soziale freiwillige Leistungen aufgebracht werden. Da entfallen bei Siemens auf die Pensionskasse allein 63 Prozent, auf

Weihnachtsremuneration — Lohnanteil — 11 Prozent. Für Gesundheitspflege d. h. Schönheit der Arbeit, Familienpflege usw. ist so gut wie nichts ausgewiesen, bleibt der Bau von Werkwohnungen, die schliesslich an die Arbeiter nicht gerade verschenkt werden. Bei Waldhof entfallen auf die Winterhilfe 8 Prozent. Interessant ist allerdings, dass die Firmen gezwungen waren, zur Ernährung ihrer Gefolgschaften Lebensmittel zu beschaffen. Ob man diese Ernährungsaktionen allerdings als „freiwillige“ Leistungen bezeichnen kann, scheint zweifelhaft.

Aber selbst wenn man die veröffentlichten Zahlen als richtig gelten lassen wollte, so betragen die so kunstvoll errechneten sozialen Leistungen im Verhältnis zu den gezahlten Löhnen im Durchschnitt kaum 4 Prozent. *Der Lohnabbau aber grenzt an 20 Prozent.*

Die Statistik beweist nur, dass die Nazi-Betriebssozialpolitik dazu bestimmt ist, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Sie hat aber ungewollt einige Zahlen gebracht, die symptomatisch sind für den Grad der heutigen Arbeiterausbeutung im Dritten Reich. So wird von 6 Betrieben der chemischen Industrie für 1936 festgestellt, dass die gesamten Löhne und Gehälter 310,007 Mill. Reichsmark betragen haben, während die gleichen Unternehmungen in demselben Jahr nicht weniger als 923,932 Mill. Reichsmark Bruttoertrag feststellen durften. Eine Staatsführung, die dem Monopolkapital durch die Kriegswirtschaft eine solch unbegrenzte Bereicherung gestattet und gleichzeitig jede Lohnerhöhung verbietet, sollte nicht länger den traurigen Mut haben, überhaupt von Sozialleistungen zu sprechen. Der Raubbau, der mangels jedes sozialen Arbeitsschutzes im heutigen Deutschland getrieben werden darf, ist durch keine betriebliche Wohlfahrt wieder gut zu machen. Die wahre Bilanz ist hier nicht aus den Verlust- und Gewinnrechnungen der Aktiengesellschaften zu entnehmen. Sie wird offenbar, wenn man die Unfall- und Krankenstatistik zur Hand nimmt.

So schreibt die gewiss nicht als marxistisch anrühliche „Soziale Praxis“ vom 1. Januar 1938 in einer Betrachtung über Arbeitseinsatz:

„Es gibt immerhin zu denken, wenn Ende September 1937 die Zahl der arbeitsunfähig Erkrankten bereits grösser war (rd. 520 000), als die Zahl der noch vorhandenen Arbeitslosen (rd. 470 000).“

Das ist der wahre „Fortschritt“, den die deutsche Sozialpolitik unter dem Faschismus gemacht hat. Die deutsche Arbeiterschaft hätte der Betriebsbilanz über die sogenannten freiwilligen Sozialleistungen nicht mehr bedurft, sie hat die Fünfjahresbilanz der Diktatur längst gezogen, um das Spiel der Bankrotteure zu durchschauen. Ihre Gewinn- und Verlustrechnung in der Arbeiterfrage ist klar. Das Naziregime hat in fünf Jahren die Arbeiterschaft nicht zu gewinnen vermocht, an Vertrauen bei den Werkstätigen, hat es aber nicht mehr zu verlieren.

Ohrfeige für Ley

Der Oberbefehlshaber der Arbeitsfront, Ley, hat den Führer der englischen Gewerkschaften, Walter Citrine, nach Deutschland einladen wollen. Walter Citrine hat darauf öffentlich erklärt, er wüschte alles zu studieren, was Studien verdiente. Es sei aber grotesk, ihm den Vorschlag zu machen, die Arbeitsbedingungen in Deutschland zu studieren. Er wisse vollkommen, dass eine unparteiliche Untersuchung dort ausgeschlossen sei. Es gebe keine freie Meinungsäußerung, und die Mitglieder der Arbeitsfront, die nur eine Scheingewerkschaft, in Wahrheit aber eine Staatsorganisation sei, könnten niemals frei zu ihm sprechen. Er habe im Namen der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegen die Auflösung der deutschen Gewerkschaften, die Beseitigung der politischen Parteien und die Judenverfolgungen protestiert. Mehrere seiner Freunde sässen nur deshalb im Konzentrationslager, weil sie Gewerkschaftsführer waren.

Ley hat also seine wohlverdiente Ohrfeige dahin.

Die gerichtete Fertigung

Zu den Kriegsvorbereitungen des braunen Systems gehört die Einrichtung von Fabrikküchen für die Arbeiter in den Betrieben. In allen grösseren Unternehmen müssen sogenannte Werkküchen eingerichtet oder ausgebaut werden und, wie das im Reiche Goebbels so üblich ist, wird eine riesige Propaganda dafür entfaltet.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat eine besondere Beilage über „Planung und Ausstattung von Werkküchen“ herausgebracht. Es gibt darin schönste Photos voll Sonnenschein, blitzender Reinlichkeit, hübschen, weissgekleideten Küchenmädchen und eleganten Köchen in hohen Mützen. Hinter so viel photographierter Poesie wollte offenbar der Schreiber des Spitzenartikels dieser Beilage nicht zurückbleiben. Er schloss darum den Absatz seines Artikels, in dem er eine zweckmässige Raumeinteilung empfiehlt mit folgendem schönen Satz:

„Indessen wird man immer bestrebt sein müssen, die Lösung so zu wählen, dass sich die Wege des Personals nicht kreuzen, dass genügend Raum für einen reibungslosen Küchenbetrieb verfügbar ist und dass sich im Sinne einer gerichteten Fertigung der Materialfluss in einer immer gleichbleibenden Richtung vollzieht.“

Nach „gerichteter Fertigung“ werden bleiche Munitionsarbeiterinnen in einem langen Zug „in einer immer gleich bleibenden Richtung“ an den Schaltern dieser Küchen vorbeiziehen und ihr Essen fassen. Doch davon dürfen die Zeitungen des Dritten Reiches heute noch nicht sprechen.

Das Kanonenfutter. Der Regierungspräsident von Merseburg hat angeordnet, dass die vom Reichserziehungsminister bestimmten fünf Unterrichtsstunden für *Leibesübungen* in den Oberstufen der Volksschule durch Verminderung der Stundenzahl in anderen Unterrichtsfächern auszugleichen sind. Man will vornehmlich im *Deutschunterricht* und im *naturkundlichen Unterricht* einsparen. Die Zahl der Religionsstunden bleibt unberührt.

Stoffe. Wir führen die an, die wir in der Zeit von Mitte Januar bis 7. Februar in der deutschen Presse angezeigt fanden (und schenken uns dabei die Erstaufführungen zahlreicher schon bekannter historischer Stücke). Im Dresdener Staatstheater: „Begegnung mit Ulrike“, ein Goethestück von Sigmund Graff. Danziger Stadttheater: „Das Herz in der Trommel“ von M. Haupt; spielt 1913. Stadttheater Gießen: „Der Streit am Lagerfeuer“ von Stegusweit, Landknechtstück aus dem Mittelalter. Braunschweiger Landestheater: „Die Kette“ von W. E. Schäfer; spielt 1848. Mannheim: „Begegnung mit Ulrike“ (siehe oben). Frankfurter Schauspielhaus: „Eduard Keun“ von Müller-Scheldt; spielt in der Vorkriegszeit. Neuss: „Die Nacht von Forli“, ein Drama von Stendhal. Dresdener Staatstheater: „Der Thron zwischen Erdteilen“ von H. Göbsch; spielt um die grosse Katharina von Russland. Neuss: „Florinde und Florizel“ von M. Schäfer; spielt um Shakespeare. Düren: „Tranion“ von E. König; spielt im alten Athen, nach einem Schwank von Plautus. In drei Wochen zehn Uraufführungen, und nicht eins der Stücke spielt in der Gegenwart. Und nicht eins, das von stärkerem Gehalt wäre. Andere Bühnen kündigen bereits eine weitere Welle historischer Spiele an. Die Theaterdirektoren aber schreiben nach einem Zeitstück. Kein Autor wagt, an die neudeutsche Gegenwart zu rühren.

Ende einer Karriere

Das Dritte Reich hat einen starken Konsum an artgleichen Gelehrten. Im ersten Jahre nach der Machtergreifung galt *Ernst Bergmann* als der massgebliche wissenschaftliche Wegweiser einer deutschnordi-

schen Weltgesinnung, dem man in Konkurrenz mit Rosenberg eine grosse Zukunft prophezeite. Diese ist aber bereits wieder zum Abschluss gekommen. Ein neues Buch Bergmanns „Die natürliche Geisteslehre“ (Georg-Truckenmüller-Verlag, Stuttgart) bezeugt einer allgemeinen Ablehnung in der braunen Publizistik. Man wirft Bergmann vor, dass er nicht genügend Sinn für den Mythos habe, der eine neu-deutsche Weltgesinnung umschweben müsse. Ueberhaupt sei er viel zu sehr der Vorstellung des Geistes in Verbindung mit der Entwicklungsfähigkeit des Menschen verhaftet. Kurz, Ernst Bergmann sei im Grunde ein *banaler Fortschrittsgläubiger*, der die Aufklärung des 18. Jahrhunderts als allerneueste Entdeckung anpreise. So etwas passe in das deutsche Weltbild nicht hinein.

Dem hoffnungsvollen Ernst Bergmann hat alle heftige Anbiederung an das Regime nichts genützt. Jetzt ist er allein schon wegen des Buchtitels „Geisteslehre“ hinreichend verdächtig und seine Karriere dürfte zu Ende sein.

Ein Schweizer Filmskandal?

Nein, aber ein reichsdeutscher

Unter der Ueberschrift „Ein schweizerischer Filmskandal?“ beschäftigt sich die „Neue Zürcher Zeitung“ mit der Baseler Tonfilm-Firma Frobenius AG. Diese Firma hat von ihren Schauspielern den Ariernachweis verlangt, weil sie ihre Filme nach Deutschland exportieren will. Dazu bemerkt nun die „N. Z. Z.“:

„Wenn schweizerische Mitwirkende gezwungen werden, sich in ihren Heimatgemeinden den Ariernachweis zu bestellen... wenn jenen Mitwirkenden, die den Nachweis nicht rechtzeitig genug vorlegen (weil man hierzulande auf dem Gebiete der retrospektiven Rasseschnüffelung keine Routine hat), kurzerhand die Gagen gesperrt werden... wenn während all den kleinen Missstimmungen noch ein Vertreter der deutschen Filminteressen auf dem Plan erscheint, der mit seiner Parteinummer 9 nicht gerade den Beweis erbringt, am Film ausschliesslich künstlerisch interessiert zu sein... kurz und gut, wenn man auf Schweizer Boden mit solchen unschweizerischen Praktiken aufwartet, dann darf man sich nicht wundern, wenn etliche Schweizer darüber die Nase rümpfen.“

Manche schweizerische Filmproduzenten haben für sich die Konsequenzen gezogen: Da ihnen die Erbringung des Ariernachweises für alle Kräfte untragbar scheint und sie sich in ihren Filmen zu Kompromissen an die deutsche Ideologie nicht hergeben wollen, sehen sie eben von einer Filmzusammenarbeit mit Deutschland ab. Einige von ihnen haben sich Frankreich oder anderen Staaten zugewandt, in denen sie Abnehmer finden, deren Vorschriften und Wünsche auf alle Fälle dem schweizerischen Sinn nicht zuwiderlaufen.“

Der dynamische Stil

Herr Paul Fechter war früher national-liberal. Als der „Umbruch“ kam, beeilte er sich, bei den Nazis fechten zu gehen. Er fand Gnade vor ihren Augen und darf nun sogar im „Berliner Tageblatt“ über die

„Bauten des Führers“ schreiben. Und siehe da: mit genialer Intuition entdeckt der Fechter das innerste Geheimnis des neuen deutschen Baustils, dessen Produkte uns teils mittelmässig, teils miserabel dünken. Diese Bauten seien — sagt Fechter — nicht für den einsam davorstehenden Betrachter bestimmt, auf den es alle frühere Baukunst abgesehen habe. Nein, die „dynamische“ Architektur des Führers müsse im Vorbeimarschieren oder im Vorbeifahren genossen werden. Nur so erschliesse sich ihre Schönheit...“

Also, kunstliebender Volksgenosse, der du vor dem neuwilhelminischen Fassadenzauber stehst wie der Ochse vorm neuen Tor, du hast dir dein Unverständnis selbst zuzuschreiben! Dir mangelt es an Talent zu dynamischem Kunstgenuss! Setze dich in Bewegung! Marschiere, die Hand zackig zum Gruss gereckt, zwanzigmal im Stechschritt an der Hitlerfassade entlang oder — wenn du dir leisten kannst — nimm ein Auto! Dann wird sich dir der „dynamische Baugeist“ des Führers genau so offenbarungsvoll auftun, wie dem Fechter, Unter Garantie.

Ausrottung der katholischen Schulen. Im Zuge der von der bayrischen Regierung beschlossenen Umwandlung des Schulwesens werden eine grosse Zahl von katholischen Schulen in Bayern aufgelöst werden. Von den 18 klösterlichen Lehranstalten für Knaben, die verschwinden sollen, werden vier schon zu Ostern geschlossen werden. Von den 64 dem Untergang geweihten weiblichen klösterlichen Lehranstalten mit 12 957 Schülerinnen werden 37 zu Ostern liquidiert.

Tragödie der Nutzlosigkeit

Der Grundfehler der deutschen Wehrwirtschaft

Der „Banker“, ein wichtiges Organ der englischen Bankwelt, hatte gerade vor einem Jahr in einer eindrucksvollen, zusammenfassenden Darstellung der City das Wesen der deutschen Wehrwirtschaft und die grossen Gefahren der Aufrüstung klargestellt. In der letzten Nummer veröffentlicht die Zeitschrift neuerdings eine kritische Betrachtung über die fünf Jahre der Hitler-Regierung. In Übereinstimmung mit unseren eigenen Darlegungen sieht der „Banker“ die akuten Gefahren für die Fortführung der deutschen Wehrpolitik nicht so sehr in der inflationistischen Finanzierung, deren Folgen in einem Diktaturstaat bis zu einem gewissen Grade gehemmt werden können, als in den zerstörenden Wirkungen, welche die Uebersteigerung der Rüstungsproduktion, vermehrt durch die Rieseninvestitionen der Autarkiebestrebungen, auf den deutschen Produktionsapparat haben muss. Das Blatt führt dazu aus:

„Das grösste Gefahrenmoment der uneingeschränkten deutschen Ausgabenwirtschaft liegt in der Wirkung, die diese auf den allgemeinen Produktionsapparat ausübt. Der Aufwand von zweistelligen Milliarden zu Rüstungszwecken konnte selbstredend einen stimulierenden Einfluss auf die industrielle Tätigkeit nicht verfehlen, und zwar umso weniger, als der Rüstungsprozess von extravaganten Aufwendungen für reine Parteizwecke der Nationalsozialisten begleitet war. Der Index der industriellen Produktion stieg demzufolge von 61,5 im Jahre 1933 (1928 gleich 100) auf 113,7 Prozent Ende 1936. Die nationalsozialistische Regierung beging gerade in ihren grössten Fehler, dass sie die industrielle Produktion so stark ansteigen liess, mit anderen Worten, dass sie in den Rüstungsausgaben so verschwenderisch war. Wäre Deutschland ein Land mit bedeutenden natürlichen Hilfsquellen, mit allen notwendigen Rohstoffen gewesen, oder hätte es, wie England, ein grosses Einkommen aus ausländischen Aktiven und Dienstleistungen aufweisen können, womit das grosse Defizit in der Handelsbilanz gedeckt wird, oder hätte Deutschland über grosse Ersparnisse verfügen können, so wäre die Vermehrung der industriellen Produktion um 80 Prozent infolge der staatlichen Aufträge wohl ein kostspieliges, aber nicht ein gefährliches Experiment gewesen. Deutschland ist jedoch bekanntlich arm an allen wichtigen Rohstoffen. Das einzige, was es im Ueberfluss besitzt, ist Kohle und Kunstdünger. Das Land kann sich nicht selbst ernähren; dank der ungeschickten Experimente des Landwirtschaftsministers Darré heute sogar noch weniger als während der Weimarer Republik. Dazu kommt, dass die Weltwirtschaftslage bereits vor einigen Jahren derart war, dass Deutschland auf keinen Fall damit rechnen konnte, seine Deviseneinkünfte durch Forcierung seines internationalen Handels zu vergrössern.

Es war daher unvermeidlich, dass die Wiederaufrüstungspolitik Deutschlands bald zu einem beträchtlichen Mangel an Rohstoffen und Nahrungsmitteln im Lande führte. Nachdem die Reserven an Rohmaterialien beinahe erschöpft waren und fast die ganze Goldreserve der Reichsbank aufgezehrt war, begannen die deutschen Behörden erst Gold und Devisen und hierauf die ausländischen Wertpapiere der deutschen Staatsangehörigen zu mobilisieren.“

Zugleich begann der Uebergang zur Autarkie und das Jahr 1937, das erste des neuen Vierjahresplans, hat gezeigt, dass die letzten Dämme der wirtschaftlichen Vernunft geplatzt sind.

„Die direkten und indirekten Kosten des Vierjahresplans sind enorm. Einmal entstehen Investitionskosten für die Fabrikkbauten, für die Aufschliessung der Erze und für die Organisation der Transportwege. Im letzten Jahr betragen die direkten Kosten allein beinahe 3,5 Milliarden Reichsmark, wobei die zahllosen kleinen Beträge nicht inbegriffen sind, welche durch das private Unternehmertum für Untersuchungszwecke und für den Kauf von Spezialmaschinen (abgesehen von den Anlagen überhaupt) zwecks Produktion von Ersatzmaterialien ausgegeben wurden. Dazu kommen die indirekten Kosten des Planes, die sich selbstverständlich nicht in genauen Zahlen ausdrücken lassen. Sie sind natürlich ungeheuer, da alle Ersatzprodukte entweder bedeutend teurer als die Originalprodukte oder qualitativ minderwertiger sind. Die grosse Tragödie liegt nun darin, dass alles Geld, alle Energie und alle den Konsumenten auferlegten Entbehrungen vollkommen nutzlos sind. Niemand wird die Möglichkeit bestreiten, die Abhängigkeit

Deutschlands von einer Anzahl importierter Rohstoffe verringern zu können. Die meisten Projekte des Vierjahresplans haben aber unzweifelhaft bereits die Grenzen der Vernunft überschritten. Zu einem Teil ist die Illusion der Selbstgenügsamkeit durch die rücksichtslose Ausbeutung der vorhandenen Reserven genährt worden. Als Folge der grossen Produktion von synthetischen Textilien und Harzen ist z. B. der Verbrauch an Holz beträchtlich gestiegen. Um der steigenden Nachfrage zu genügen, werden 50 Prozent mehr Bäume gefällt, so dass der Einschlag bereits über die Grenze hinausgeht, deren Einhaltung für den dauernden Bestand der deutschen Wälder notwendig ist. Dieser Raubbau kann wohl eine Reihe von Jahren durchgeführt werden, aber nur mit dem Resultat, dass die Abhängigkeit Deutschlands von Holzimporten später noch viel grösser sein wird als heute. In dieser wie in anderer Beziehung geht die deutsche Wirtschaftspolitik in höchst unverantwortlicher Weise vor. Es liegt auf der Hand, dass die Rechnung eines Tages bezahlt werden muss. Vielleicht glaubt die deutsche Regierung, dass, wenn der Tag kommt, andere die Zehne zahlen werden.

Die Autarkiepolitik der deutschen Regierung — entstanden aus den Rohstoffschwierigkeiten, die ihrerseits durch die Wiederaufrüstungspolitik hervorgerufen wurden — hat einen Faktor zu den bisherigen Spannungen hinzugefügt. Die Autarkiepolitik ist nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, anstelle der Wiederaufrüstungspolitik getreten. Tatsächlich ist der Aufrüstungsprozess im Jahre 1937 noch intensiviert worden und der Vierjahresplan hat daher Deutschlands industrielle Schwierigkeiten nur erhöht. Der Index der industriellen Produktion, welcher Ende 1936 mit 113,7 bereits eine neue Rekordhöhe erreichte, stieg Ende 1937 bis auf 126.

Diese rasche industrielle Produktionssteigerung geht über das hinaus, was vernünftigerweise der deutsche Industrieapparat tragen kann. Einmal ist ein beträchtlicher Arbeitermangel zu dem Mangel an Rohstoffen getreten, mit dem Resultat, dass die deutsche Industrie alles daran setzen musste, um die menschliche Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Sie war aber nicht nur nicht imstande, der steigenden Nachfrage nach Maschinen zu genügen, sondern auch nicht einmal der Nachfrage nach Ersatzteilen für die bereits bestehenden Betriebe zu entsprechen. Während all dieser Jahre steigender industrieller Tätigkeit ist viel zu wenig Kapital für den Ersatz von Maschinen bereitgestellt worden, teils weil ein Teil der industriellen Gewinne in Form von Steuern und Anleihen in die Taschen des Staates geflossen ist, teils weil der Bau neuer Fabriken für Rüstungen und Ersatzprodukte den Rest aufgezehrt hat. Ein rasch zunehmender Teil der deutschen industriellen Ausrüstung ist daher vollständig abgenutzt und müsste dringend erneuert werden. Es kann aber in dieser Hinsicht nur wenig getan werden, so lange die Wiederaufrüstung und der Vierjahresplan den Vorrang haben. Daraus ergibt sich ein Sinken der Produktivität und eine Qualitätsverschlechterung bei gleichzeitigem Anstieg der Produktionskosten.

Das frappanteste Beispiel der Verschlechterung der industriellen Ausrüstung Deutschlands bilden die deutschen Reichsbahnen. Seit fünf Jahren sind nur die allerwenigsten Reparaturen vorgenommen worden und es wurden weniger Lokomotiven, Personen- und Güterwagen neu erstellt, als alte aus dem Verkehr gezogen wurden. Verglichen mit 1933 haben die Eisenbahnen einen um 70 Prozent vergrösserten Verkehr zu bewältigen bei einem um 10 Prozent reduzierten rollenden Material. Der Zugsverkehr ist unpraktisch geworden, Verkehrsstörungen sind häufig und die Anzahl der Unfälle ist letztes Jahr, verglichen mit 1936, um das Dreifache gestiegen. Seit drei Jahren haben die Jahresberichte der deutschen Reichsbahn stets diesen Zustand vorausgesagt, sofern ihnen nicht die Gelegenheit geboten werde, grosse Erneuerungsprogramme durchzuführen. Der diesjährige Bericht legt nun offen klar, dass die Zustände unhaltbar geworden sind. Während nun die deutschen Eisenbahnen banfällig werden, werden Milliarden für die Konstruktion erstklassiger neuer Autostrassen ausgegeben. Möglicherweise sind die Nationalsozialisten der Ansicht, dass für ihre strategischen Zwecke ein leistungsfähiges Strassensystem dienlicher ist als ein leistungsfähiges Eisenbahnsystem.“

Dieser Ansicht sind nun die Nationalsozialisten in der Tat. Sie haben der Deutschen Reichsbahn neuerdings eine Tarifpolitik aufoktroiert, die eine weitere Abwanderung des Warenverkehrs zum Automobil begünstigt. Zugleich ist die Anschaffung von Lastkraftwagen

mit mehr als einer Tonne Nutzlast steuerfrei, während die bisherige Steuerbegünstigung für kurzfristige Investitionen beseitigt wurde. Die Vermehrung der Frachtautos soll aus militärischen Erwägungen gefördert werden, mag auch die Reichsbahn die Kosten tragen müssen.

Der Raubbau an dem deutschen Produktionsapparat ist, wie der „Banker“ weiter ausführt, begleitet von dem Raubbau an der deutschen Arbeitskraft durch Verlängerung der Arbeitszeit und Senkung des Reallohns.

„Für den Hauptteil der Arbeiterklasse sowie für die Mittelschicht — besonders für Leute mit fixem Einkommen — brachten die letzten fünf Jahre eine Verschlechterung des Lebensstandards, die man mit 10 Prozent für die Arbeiterklasse und mit 20 Prozent für die Mittelklasse einschätzen kann.“ „Deutschland tritt also in das sechste Jahr des nationalsozialistischen Regimes unter Bedingungen ein, die alles andere denn beruhigende sind. Je mehr das Land von seiner wirtschaftlichen Widerstandskraft zehrt, umsoher unterliegt es der Autarkie und dem Staatssozialismus. Vor einem oder zwei Jahren wäre es möglich gewesen, mittels fremder Hilfe Deutschland wiederum auf eine gesunde Wirtschaftsgrundlage zu stellen. Auch diese kleine Chance ist nun durch Deutschlands eigene Politik verdorben worden.“

Der innere Widerspruch der deutschen Wehrwirtschaft, die Anspannung aller Produktivkräfte über die Grenze der Leistungsfähigkeit hinaus und die gerade dadurch bewirkte Untauglichkeit dieser Wirtschaft, den immer stärker aufgeblähten Rüstungsapparat zu tragen, erzeugt zugleich die grosse Gefahr des Umschlagens der Kriegswirtschaft in den Krieg. Dem gibt der „Banker“ folgenden Ausdruck:

„Die Intensität, mit welcher das ganze nationale Leben in Deutschland dem einen Ziel, dem Ausbau der Militärmacht, unterstellt wird, ist ständig im Wachsen begriffen. Dadurch, dass diese Politik eine stets weiterschreitende Erschöpfung der materiellen und physischen Reserven zur Folge hat und ferner zur immer stärkeren Verfilzung des staatlichen Bürokratismus mit den Resten des normalen Wirtschaftslebens und der Finanzen führt, arbeitet die deutsche Wirtschaftspolitik recht eigentlich ihren eigenen Zielen entgegen. Dies umso mehr, als gleichzeitig die Isolierung Deutschlands von der übrigen Welt immer stärker und die Herabdrückung des deutschen Lebensstandards immer deutlicher wird. Anstatt die Militärmacht des Landes zu heben, wird dieselbe gerade durch die Intensität, mit welcher die Kriegsvorbereitungen getroffen werden, untergraben. Die übrige Welt wird gut daran tun, den deutschen Führern auch nicht die kleinste Chance zu bieten, sich durch einen Verzweifelungskrieg zu retten, an dem Tage, wo die Deutschen erkennen werden, dass die technische Stärke ihrer Militärmacht durch die moralischen und materiellen Folgen, die durch deren Aufbau hervorgerufen werden, völlig unterhöhlt worden sind.“

Dr. Richard Kern

Recht und Gewalt Worte und Wirklichkeit

„Die Macht eines Staates beruht auf die Dauer nicht auf Gewalt, sondern auf dem Recht. Dauersysteme politischer Art können nur in einem rechtlich gegliederten Gemeinschaftsleben bestehen, das jedem seine Rechte und Pflichten zuteilt.“

Man wäre geneigt, jeden für den Autor dieses Satzes zu halten, nur den nicht, von dem er stammt. Reichsminister und Präsident der Akademie für deutsches Recht Frank schrieb ihn in einem Aufsatz „Strafrechts- und Strafvollzugsprobleme“, der im letzten Quartalsheft der Blätter für Gefängniskunde (Heidelberg 1937 Bd. 68 S. 259) abgedruckt ist. Der Artikel ist aber nicht nur um dieses Satzes willen interessant, sondern weil aus ihm mit eindringlicher Deutlichkeit hervorgeht, dass und wie naiv die in Deutschland Regierenden ihr objektiv besseres Wissen dem Propagandadienste für das Ausland opfern.

„Einen Grundsatz möchte ich für das Strafrecht und den Strafvollzug hier voranstellen: Strafe kennt der nationalsozialistische Staat nur als Folge eines Richterspruches. Ich möchte dies mit um so grösserem Nachdruck hier betonen, weil verschiedene Einrichtungen des Dritten Reiches bei manchen Ausländern wiederholt die Meinung hervorgerufen haben, dass das Reich ausserhalb der richterlichen Zuständigkeit Strafvollmachten an nicht unmittelbar der Rechtswelt angehörende Faktoren, etwa die Polizei oder politische Instanzen erteilt hätte.“

Die Zeitschrift für Gefängniskunde liegt in allen grösseren juristischen Bibliotheken und Instituten des Auslandes auf, und es

An die Bezieher des Neuen Vorwärts! Wir bitten, Zahlungen nach Paris zu leiten auf Postscheck-Konto Neuer Vorwärts Paris 88.504

ist kaum zu verstehen, wie der Verfasser annehmen kann, seine Behauptung werde ein sachverständiges Publikum überzeugen. Wenn er zum Beispiel im nächsten Absatz hinzufügt:

„In einer edlen Volksgemeinschaft kann niemand Freiheit, Ehre, Beruf, Vermögen oder Leben verlieren, es sei denn, dass im Namen der Gemeinschaft mit der Gemeinschaft diese Rechtsfolge eines solchen weitreichenden schicksalsmässigen Verlustes mit Wirkung gegenüber jedermann festgestellt wird.“

so wird dem also angesprochenen Ausländer nicht nur auffallen, dass der Satz in schlechtem Deutsch geschrieben ist und dass der Autor einfach nochmals sagen will, Freiheit, Ehre, Beruf, Vermögen und Leben könne der Deutsche nur durch Richterspruch verlieren; sondern jeder, der den Artikel liest, wird den Behauptungen sein Wissen entgegenhalten.

Die Freiheit könne nur durch Richterspruch verwirkt werden? Auf Grund welchen Spruches sitzen Zehntausende seit Jahren in Konzentrationslagern? Welcher Richter hat Carl von Ossietzky, hat Heilmann, hat Mierendorff, Karl Schumacher und so viele andere um ihre Freiheit gebracht? Ehre, Beruf, Vermögen könne der Deutsche nur durch Richterspruch verlieren? Die Gesetze über die Ausbürgerung und das Gesetz zur sogenannten Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betrauten reine Verwaltungsinstanzen mit der Macht, diese Rechtsgüter zu entziehen. Und das Leben? Herr von Hassel kann jedem darüber Auskunft erteilen, auf Grund welchen ordentlichen Rechtsverfahrens sein Neffe zum Tode verurteilt worden ist. Unzählige Ehefrauen und Mütter können es die kurze Mitteilung bekommen haben, dass sie die Leichen ihrer Männer, ihrer Söhne aus Gefängnissen oder Lagern abholen könnten.

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs. (fuer ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs.). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern):

Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. Kč 1,40 (18.—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei. 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de Franco, N° 529111 Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. VII 14.697. Rumänien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.